

Strategischer Wandel

Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik

**von Nationalrat Christoph Blocher
April 1998**

**<http://www.blocher.ch>
<http://www.auns.ch>
<http://www.svp-zuerich.ch>**

**Erscheint deutsch, französisch, italienisch und englisch.
Die Originalfassung ist deutsch.**

Inhaltsverzeichnis

I	Ausgangslage	5
II	Kritik	5-7
III	Zusammenfassende Schlussfolgerungen für die schweizerische Sicherheitspolitik	7-11
IV	Die versäumte Chance	11-15
	- «Soviel Ende war nie»	11
	- Hilflöse Betriebsamkeit	12
	- «... längst schon ist es dagewesen»	12-13
	- Zukunft planen statt Gegenwart beschreiben	13-14
	- Armereform unbestreitbar – klare Perspektiven sind gefragt ...	14
	- Wider den überbordenden Idealismus	14-15
V	Zur Entwicklung der Lage	16-25
	- Globalisierung	16
	- Künftige Weltordnung	17
	- Künftige Kriege im Zeitalter der pax americana	17-18
	- Eine multipolare Welt?	18-19
	- USA und Europa: Der Atlantik wird breiter	19-20
	- NATO wohin?	20-21
	- NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)	21
	- Mögliche Entwicklungen in der NATO	21-23
	- «L'Europe n'existe pas»	23-24
	- Und Russland?	25
VI	Frieden und Sicherheit	26-27
	- Frieden	26
	- Sicherheit	27

VII	Künftige Kriegsformen – der letzte Krieg	
	wiederholt sich nicht	28–32
	– Der asymmetrische Krieg	28
	– Der Bürgerkrieg	28–29
	– Kommerzialiserte Kriege neuer Söldner	29
	– Der Informationskrieg	30
	– Weltkriege neuer Vernetzung	30–31
	– Konventionelle Kriege	31
	– Zusammenfassung: Kriege neuer Art	31
	– Die Suche nach Lösungen	32
VIII	Massenvernichtungswaffen auch als Waffe der Schwachen	33–34
IX	Die humanitäre Intervention – ein Widerspruch	
	in sich selbst	34–36
X	Schlussfolgerungen für die Schweiz	36–42
	– Ziele und Wege	36
	– Flexibilität	36
	– Selbstbeschränkung	36
	– Vorbild	37
	– Gewalt im eigenen Land	37
	– Informationskrieg	37
	– Kampf am Boden	38
	– Kein bestimmter Feind	38
	– Bewaffnete Schweiz	38
	– Weltoffenheit	39
	– Massenvernichtungswaffen	39
	– Staatsschutz	39
	– Neutralität	40–41
	– Bewaffnete Truppen im Ausland	41–42
	– Wehrpflicht	42
XI	Was ist jetzt zu tun?	43–44
XII	Literaturauswahl	44–47

I Ausgangslage

Im Sommer 1996 setzte der Bundesrat eine **Studienkommission für Strategische Fragen unter dem Vorsitz von Alt-Botschafter Edouard Brunner ein (sogenannte Brunner-Kommission)**. Sie hatte den Auftrag, die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in den nächsten 20 bis 25 Jahren darzulegen, ohne in die Details und die Neuorganisation von Armee und Zivilschutz einzutreten. «Aufgabe der Kommission ist es, die politischen Leitideen zu entwickeln. Die operative Umsetzung in einen militärischen Auftrag bzw. militärische Strukturen ist anschliessend Aufgabe des EMD.»

Die Kommission hat ihren Schlussbericht unter dem Titel «Bericht der Studienkommission für Strategische Fragen» am 26.2.1998 vorgelegt.

Den Schlussbericht der Kommission Brunner lehne ich ab: **Würden die Vorschläge des Berichtes Brunner in der Praxis verwirklicht, so bekämen wir keine bessere Sicherheitspolitik. Im Gegenteil: Die Verteidigung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit würde entscheidend geschwächt.** Der Bericht ist weder nützlich noch tauglich für eine künftige Strategie.

II Kritik

Es ist unbestritten: Die Sicherheitspolitik hat sich im Laufe der Zeit stets neuen Bedürfnissen anzupassen, d.h. sie hat sich in erster Linie auf **sich verändernde mögliche Bedrohungen** auszurichten. So sind auch die jetzigen Bemühungen, die Armee entsprechend zu reformieren, zu begrüssen. Aber Voraussetzung für zweckmässige Reformen ist, dass die **künftige Lage** unvoreingenommen analysiert und ergründet wird. Leider bietet der Bericht der Kommission Brunner für die Beantwortung der Frage, welche künftige Sicherheitspolitik die Schweiz braucht, keine brauchbare Grundlage. Die Hauptgründe meiner Kritik sind:

1. Statt die Entwicklung der kommenden Jahre zu analysieren und abzuschätzen, **geht der Bericht von der momentanen Lage aus und führt diese einfach linear für die Zukunft weiter.** Er hat die neueste strategische Literatur weder zur Kenntnis genommen, noch berücksichtigt. Darum **predigt der Bericht den Fortschritt von gestern.** Er übersieht, dass der strategische Umbruch von 1989/90 nicht den erwarteten Neubeginn brachte, sondern lediglich ein wenige Jahre dauerndes Zwischenspiel mit viel Idealismus, Friedenshoffnungen, wuchernden internationalen Institutionen und ein Strohfeuer von Konferenzen, Charten und Kollektivdiplomatie. Die

grossen Erwartungen und die vollmundigen Versprechen haben sich nicht erfüllt. Leider ist der Bericht Brunner im Zustand der vor rund 10 Jahren herrschenden Euphorie stecken geblieben. **Es gilt daher, die seither neu eingetretenen Entwicklungen aufzuzeigen, was in diesem Bericht auch eingehend geschehen soll.**

2. Der Bericht Brunner übersieht, **dass die Welt** – wie bereits heute klar erkennbar – **zurückfällt in den überwunden geglaubten Zustand der Kanonenbootdiplomatie, der Machtkämpfe, der Militärbündnisse, der militärischen Interventionen.** Das Personal ist zwar dasselbe geblieben, die Rhetorik ist unverändert, aber die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild. Die Kommission Brunner wollte solches weder hören noch sehen; darum konnte sie es auch nicht berücksichtigen.
3. Weil der Bericht der Studienkommission im veralteten Gedankengut der frühen 1990er Jahre verhaftet bleibt, wird er geprägt durch **internationalen Aktivismus, Idealismus, Moralismus, durch Flickwerk, Einmischung in fremde Angelegenheiten, vorseilenden Gehorsam gegenüber Gross- und Mittelmächten und Anschlussdrang an internationale Bündnisse.** Dies bringt für unser Land nicht mehr Sicherheit, sondern das Gegenteil: **grosse Gefahren für unsere Freiheit, Unabhängigkeit und direkte Demokratie.**
4. Vielfach scheint man auch die **Schrecklichkeit und die Furchtbarkeit des Krieges zu verkennen**, so dass man leichtfertig mit ihm zu spielen beginnt.
5. **Der Bericht distanziert sich vom Grundsatz der dauernden Neutralität**, einer wichtigen sicherheitspolitischen Maxime der Schweiz. Begründet wird diese Preisgabe nicht. Es sei denn, man glaube in der Zukunft nicht mehr an eine mögliche Gewaltanwendung von aussen. Es wird verkannt, dass wir damit **leicht in internationale Auseinandersetzungen hineingezogen** werden, was für unseren Kleinstaat grosse sicherheitspolitische Risiken mit sich bringt. Andererseits werden aber **gerade die neuen Chancen der dauernd bewaffneten Neutralität in einem neuen künftigen Kräftefeld weder erörtert noch erkannt.**
6. Statt nach vorne zu blicken und für die künftige Sicherheit der Schweiz einen Weg zu weisen, **wird die überholte** – und vom Volk verworfene – **Idee von bewaffneten Schweizer Truppen im Ausland aus der Rumpelkammer geholt.** Diese nur durch Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu realisierende Forderung eines bewaffneten «Schweizer Solidaritätskorps» – übrigens eine noch fragwürdigere Einrichtung als die vom Volk bereits abgelehnten Blauhelme – ist **aus sicherheits- und neutralitätspolitischen Gründen entschieden abzulehnen.**

7. **Der Bericht Brunner wird missbraucht, um politische Ziele zu erreichen, die mit Sicherheitspolitik nichts zu tun haben.** So wird insbesondere die Forderung nach einem EU-Beitritt, der «Partnerschaft für den Frieden», die Kooperation mit der NATO, die bewaffnete schweizerische Friedenstruppe im Ausland mit fadenscheinigen sicherheitspolitischen Vorwänden vermarktet. Das Motiv ist klar: Was man der schweizerischen Bevölkerung bisher vergeblich als wirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit zu «verkaufen» suchte, wird nun auf sicherheitspolitischem Gebiet versucht.
8. Mit seinen Hauptforderungen will der Bericht Brunner die folgenden Ziele erreichen oder in Kauf nehmen:
- Schrittweiser Anschluss an UNO, EU, WEU und NATO
 - Fortschreitende Aushöhlung der bewaffneten Neutralität ohne Volksbeschluss und langfristig deren vollständige Abschaffung
 - Preisgabe der Unabhängigkeit
 - Neuauflage der alten Blauhelm-Ideologie des bewaffneten Einsatzes von Schweizer Truppen im Ausland.

Seit Erscheinen des Brunner-Berichtes bin ich oft aufgerufen worden, meine abweichenden Überlegungen für die Sicherheitspolitik der Zukunft darzulegen, wie ich es bereits in der Kommission vergeblich getan habe. Ich stütze mich – was die strategische Lagebeurteilung der Zukunft anbelangt – **auf die neueste** Literatur. Eine Auswahl führe ich im Anhang auf. Dass diese vor allem aus dem angelsächsischen Raume stammt, liegt daran, dass heute in erster Linie die USA – als führende militärische Weltmacht – gezwungen sind, am weitesten vor auszudenken und somit über die grössten Fähigkeiten und Erkenntnisse in strategischen Fragen verfügen. In zweiter Linie ist dies Grossbritannien.

III Zusammenfassende Schlussfolgerungen für die schweizerische Sicherheitspolitik

1. Auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholt: Die Welt stand schon vor 100 Jahren auf der Schwelle zu Frieden und Wohlstand, angetrieben von neuen Technologien, grenzüberschreitendem Handel und wohlwollend überwacht von einer freiheitsliebenden Grossmacht. **Und dennoch fiel sie zurück ins blutigste Jahrhundert aller Zeiten.**
2. Die Euphorie, die nach 1989 über die Welt hereinbrach, verkündete den «ewigen» Frieden und dauernde Menschenrechte in *einer* Welt, die mit et-

was Peace making zu verwirklichen seien. Solche Heilsbotschaften sind von der Realität eingeholt worden: **Sicherheit und Macht sind als Begriffspaar weder heute noch für die Zukunft wegzudenken.** Der Nationalstaat hat sich – auch in Europa – als resistent erwiesen. Die Abschiebung des Gewaltmonopols auf internationale Organisationen wie UNO, OSZE ist nicht gelungen und wird auch nicht gelingen. Diese Tatsachen mag man bedauern, aber sie bestreiten hiesse, die Wirklichkeit verneinen.

3. Die **Konfliktursachen von morgen** werden zu tun haben mit **nationalen Interessen, nationaler Expansion, mit Macht, Geld, Kommerz, Terrorismus, Öl, Wasser, Geschichte, mit Freiheits- und Selbstbestimmungsdrang von Minderheiten, mit religiösen und politischen Ideologien, mit Machtstreben** von Politikern und **Leidenschaften** von Völkern. Die Schweiz in einer globalisierten Welt tut gut daran, dafür zu sorgen, dass sie nicht zum Spielball anderer wird.
4. Die Schweiz hat in der Zukunft mit **anders gearteten Gewalttätern** als nur mit modernen, hochgerüsteten, dem Völkerrecht verpflichteten Armeen umzugehen (asymmetrischer Krieg). Sie hat sich vor **fremden Bürgerkriegen**, die in unser Land getragen und durch die Migration noch gefördert werden, zu schützen. Sie hat sich der Gefahr, dass das **Gewaltmonopol des Staates aufbricht**, bewusst zu sein. **Auf diese Gefahren ist die Schweiz heute schlecht vorbereitet.**
5. Als **Hauptformen der künftigen Bedrohung** durch Gewaltanwendungen, auf welche die Schweiz relativ schlecht vorbereitet ist, zeichnen sich ab
 - die Gefahr der in unser Land hineinreichenden **Bürgerkriege**
 - die **internationale Kriminalität**
 - die neuesten technologisch-elektronischen Kriegsformen (**Informationskrieg**)
 - die **biologischen, chemischen und nuklearen Waffen** (Massenvernichtungswaffen), die nicht mehr nur die Waffen der Starken, sondern auch der Schwachen sind.

Auf die neuen Gefahren sind Armee und Zivilschutz auszurichten. Umbau – nicht Abbau – ist gefragt.

6. Was heisst dies für die **Armee? Die Armee braucht einen Innovationsschub.**

Für den defensiven und zurückschlagenden **Informationskrieg** braucht die Schweiz eine **kleine, professionelle Truppe**, die mit Spezialisten aus der Miliz verstärkt werden kann. Modernste Geräte sind nötig. Enge Kontakte mit Wirtschaft und Hochschulen müssen der rasanten Entwicklung gerecht werden.

Für die zahlreichen «**primitiven**» **Gewaltanwendungen** – den Kampf am Boden – braucht die Zukunft eine dafür ausgebildete, bestandesstarke Truppe, die mit modernen, auch nicht tödlichen Waffen ausgerüstet ist und den Kampf in Städten und Ortschaften beherrscht. Sie ist die Weiterentwicklung einer Territorialinfanterie, eine Miliz, die man nur ruft, wenn man sie braucht, durchmischt mit Berufsmilitärs, die in der Ausbildung für beste Qualität bürgen. Die Bestände müssen so hoch sein, dass bei gleichzeitigem Ausbruch von Zusammenstössen verfeindeter Volksgruppen in mehreren Städten und Ortschaften eingegriffen werden und gleichzeitig die Grenze gegen organisierten Zuzug von Verstärkungen überwacht werden kann. Diese Aufgabe kann nur die Miliz lösen: Sie braucht im Ernstfall allenfalls sehr hohe Bestände mit vielen Soldaten und guter Ortskenntnis im Einzelfall. Im Friedens- und im Normalfall braucht es keine Bestände, dann sind die Milizsoldaten nicht im Dienst.

7. Was heisst dies für den **Zivilschutz**?

Dem Zivilschutz und der Armee kommen neue Aufgaben bei der **Hilfe an die Bevölkerung** zu, wenn Massenvernichtungswaffen neuer Art in unserem Land eingesetzt werden oder wenn die Folgen von Grosskatastrophen nach der Art von Tschernobyl zu bewältigen sind. Vieles im Zivilschutz ist vorhanden. Es muss aber auf diese neuen Gefahren ausgerichtet werden. Ausbildung und Ausrüstung sind allzu stark auf das traditionelle Bild des Zweiten Weltkrieges ausgerichtet. Für den Zivilschutz gilt das gleiche wie für die Armee: Umbau – nicht Abbau – ist die Devise.

8. **An der dauernd bewaffneten Neutralität ist strikte festzuhalten.** Sie erhält angesichts der künftigen Bedrohung **neue und besondere Bedeutung.** Die Neutralität ist das diplomatische Mittel, den Kleinstaat vom Sog und Druck fremder Mächte fernzuhalten. Sie erhöht die Sicherheit und ermöglicht gleichzeitig den glaubwürdigen Zugang zu Leidenden und Überlebenden in Kriegs- und Katastrophengebieten.

9. Auch bei künftigen denkbaren Kriegen im Zeitalter der amerikanischen Vorherrschaft (**pax americana**) gilt es für den Kleinstaat Schweiz, mit einer klugen, selbständigen Sicherheitspolitik **Distanz zu halten.** Vor allem bei der Kriegsführung im Sog anderer ist Zurückhaltung geboten.

10. **Die NATO steht voll und ganz unter amerikanischer Schirmherrschaft.** Auch wenn die Aufgaben der neuen NATO noch ungeklärt sind, so ist ihr Thema nicht mehr **die gemeinsame Verteidigung Europas, sondern die «Verteidigung gemeinsamer Interessen» unter der Führung der USA.** Für den Kleinstaat Schweiz kann es kein verlockendes Angebot sein, An-

hängsel der «Friedensmacht» NATO zu sein, die künftig vom Kaukasus bis nach Afrika, von Korea bis in die südchinesische See eingreifen soll. Ein Beitritt der Schweiz zur NATO ist auch auf Umwegen abzulehnen.

11. Die «NATO-Partnerschaft für den Frieden» (PfP) ist eindeutig darauf ausgerichtet, die **Nichtmitglieder der NATO unterstellungsfähig und unterstellungswillig zu machen**. Wer den NATO-Beitritt nicht will, hat dort nichts zu suchen. **Eine Bindung durch einen Direktbeitritt oder über vermehrtes Engagement in der PfP hiesse, die Handlungsfähigkeit im Augenblick unsicherer Entwicklung einzuschränken**, was unverantwortlich und abzulehnen ist.
12. **In der EU existiert keine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik**. Sie dürfte auch noch sehr lange fehlen. Europa bleibt verteidigungspolitisch ein Protektorat: Es bleibt abhängig vom US-Schutz und von US-Interessen. **Die Vorstellung, die bewaffnete neutrale Schweiz finde in diesem Europa sicheren Unterschlupf und Schutz vor Gefahren**, die sie selbst nicht an der Wurzel bekämpfen und nur mühsam abwehren kann, **ist illusorisch**.
13. **Falsche Sicherheitsgefühle entstehen durch Selbstüberschätzung, durch Unkenntnis der Gefahren und durch fehlende Erfahrung**. Die schweizerische Sicherheitspolitik läuft gegenwärtig Gefahr, in diese Falle zu treten. **Sowohl die Gefahren der Zukunft als auch die Gefahren des Krieges und der Machtkonstellationen werden unterschätzt**. Der mit einer Pistole zum Selbstschutz in einen fremden Bürgerkrieg ziehende Schweizer Soldat ist eine romantische Karikatur und Ausdruck krasser Unkenntnis der Realität. Gelbmützen, Solidaritätssoldaten und ähnliche Erfindungen sind Fehlreaktionen auf gegenwärtige Sicherheitsgefühle.
14. **Humanitäre Interventionen** – d.h. bewaffnete Einsätze mit humanitären Zielen – können nicht erfolgreich sein. Eine Beteiligung an fremden Konflikten ist nur immer **entweder Intervention** (und damit politische Parteinahme) **oder unparteiische, humanitäre Tätigkeit**. Eine saubere Trennung von Politik und humanitärer Hilfe ist nötig, möglich und erfolgreich. **Für die Schweiz heisst dies Konzentration auf das IKRK und auf ein unbewaffnetes Hilfs- oder Katastrophenhilfskorps**. Richtig gehandhabt ist beides für die neutrale Schweiz eine besondere Chance. **Bewaffnete Solidaritätssoldaten sind abzulehnen**.
15. Es wäre abenteuerlich, ausgerechnet jetzt dem Schengener Abkommen beitreten zu wollen und die Grenzen zu öffnen. **Die Grenzen müssen gegen den Kriminaltourismus besser – und nicht weniger – bewacht werden**.

16. **Bewaffnete Truppen im Ausland** – sei es als Solidaritätstruppen oder wie immer man sie nennt – **sind abzulehnen**. Die Armee hat sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Der Militärtourismus ist zu unterbinden.
17. Zu verteidigen sind mehr als nur der Friede, mehr als ein blosser Zustand ohne Krieg. Zu verteidigen sind **Freiheit, Unabhängigkeit und direkte Demokratie**. Die **schweizerische Strategie ist geprägt durch Selbständigkeit, Weltoffenheit, Selbstbehauptungswille, Selbstbeschränkung beim internationalen Auftritt, Mut und Risikofreude**. Wichtigstes Mittel sind dazu die **dauernde Neutralität als aussenpolitische Maxime, die Diplomatie, die Armee, der Zivilschutz und der Staatsschutz** als Instrumente zur Abwehr von Gewalt und zum Schutz der Bevölkerung.
18. **Die Devise für eine neue Sicherheitspolitik muss lauten:**
Ja zum Wandel, ja zu einem realistischen Schutz vor Gefahren der modernen Zeit, ja zur Innovation und zur Zukunft.
Nein zu einer naiven Sicherheitspolitik, nein zu einer wichtigtuerischen und nachahmerischen Aussenpolitik, nein zur Grossmannssucht.

IV Die versäumte Chance

«Soviel Ende war nie»

Das baldige Ende des zweiten Jahrtausends bedrückt viele so sehr, dass sie ein **Ende** sehen, wohin sie blicken: Das Ende des Nationalstaates, der staatlichen Souveränität, des Krieges, der bewaffneten Neutralität, der Unabhängigkeit, der direkten Demokratie, der Selbständigkeit, der Landesverteidigung, der militärischen Kampf doktrinen, der alten Feindbilder, des Soldaten als Kämpfer, des staatlichen Gewaltmonopols, des Bürgersoldaten in der Miliz, der westlichen Industriegesellschaft, der Arbeit, der Nationalökonomie, der asiatischen Wirtschaft, das Ende der ganzen Moderne. «Soviel Ende war nie¹». Politiker halten Rezepte bereit für eine bevorstehende Wende², und **die einstigen Friedensaktivisten wärmen das nicht mehr ganz taufrische Konzept des ewigen Friedens auf³**.

1 Diesen kurzen Satz stellte Robert Kurz schon 1991 an den Anfang seines Werkes «Der Kollaps der Modernisierung. Vom Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie», Frankfurt a.M., 1991.

2 Einen neuen, originellen Beitrag zur Millenium-Literatur bringen Barry Buzan & Gerald Segal: «Anticipating the Future Twenty Millennia of Human Progress», London 1998. Besprochen von Alvin und Heidi Toffler in FOREIGN AFFAIRS, March/April 1998, S. 134ff.

3 Ulrich Menzel: «Globalisierung versus Fragmentierung», Frankfurt a.M., 1998, S. 12: One World, Friedensbund der Vereinten Nationen, endgültige Ächtung des Krieges als Mittel der internationalen Politik und Investition der so gewonnenen Friedensdividende zur endlichen Herbeiführung des Wohlstands der Nationen.

Hilflose Betriebsamkeit

Der beim Zusammenbruch des Sowjetreiches aufgewirbelte Staub hat sich gelegt. Was zum Vorschein kommt, enttäuscht die kühnen Hoffnungen von 1989/90. **Der Krieg ist zurückgekehrt, auch nach Europa.** Kriegsschiffe fahren auf, Menschen bringen sich mit Raketen und primitivsten Waffen – sogenannten Macheten – um. Wohlgemeinte Hilfe nützt wenig, militärische Interventionen lösen die politischen Probleme nicht, blumig formulierte Charten und Abkommen sind Makulatur, **die wuchernde Internationale der Funktioniäre und Räte tagt und reist und tagt und reist, die Verantwortung für Misstände trägt niemand.**

«... längst schon ist es dagewesen»

Ist tatsächlich so vieles neu? Der Londoner «Economist»⁴ hat sich umgesehen und schildert einen Sommermorgen des letzten Jahres:

«In den Strassen Londons drängt sich die Menge, um eine königliche Prozession zu sehen. Die Königin, in Schwarz, betrauert einen Tod, der nicht hätte sein müssen. In Russland ringt die Regierung um Wirtschaftsreformen. Ein ineffizientes, fast barbarisches Wirtschaftssystem hat das Land zurückgeworfen. Kanada und Amerika streiten über Fischfang und Holzschlag.» Und der «Economist» warnt in einem Artikel vor unklaren Zahlen über den chinesischen Handel in Hongkong. Schlagzeilen von 1997? Nein, alles Geschichten von 1897!⁵

Man kann tiefer gehen. **Es gibt, heute wie vor hundert Jahren, nur eine Supermacht.** Damals war es Grossbritannien, heute sind es die USA. Beide scheinen ihren Zeitgenossen unangreifbar, sie haben Militärbasen rund um die Welt. Den Briten wuchs langfristig ein Konkurrent heran, Deutschland. Die Amerikaner blicken heute mit Unbehagen auf China. **Damals wie heute mussten sich die Völker an neu gezogene nationale Grenzen gewöhnen.** Das vereinigte Deutschland war erst einige Jahre alt, auf dem Balkan folgten dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches neue Staaten (Rumänien, Bulgarien) wie eben jetzt nach dem Scheitern des zaristisch-kommunistischen Imperiums in Osteuropa, Zentralasien und wieder auf dem Balkan. Die Verfahren waren nicht weniger verblüfft ob all der technischen Errungenschaften wie Auto, Radio, Film und Telefon als wir über unser Handy, Internet und Marsmobil. **Die gleichen Volkswirtschaften standen an der Spitze der Rangliste wie heute** (mit einer Ausnahme: Brasilien hat Spanien verdrängt).

4 Ausgabe vom 20. Dezember 1997, S. 71 ff.

5 Königin Victoria feierte ihr diamantenes Jubiläum und trauerte um ihren Mann, Prinz Albert.

Das Ende des 19. Jahrhunderts glich dem unseren: fallende Transportkosten und ein Strom von Auslandsinvestitionen liessen den Welthandel blühen, Migrationsschübe veränderten die Bevölkerungen, die Kapitalmärkte waren gut integriert. Hätte es eine Kommission Brunner gegeben, sie hätte wohl auch damals wörtlich geschrieben: «Da lokale oder regionale Krisen aber heute oder in der absehbaren Zukunft nicht mehr als Vorwand für direkte Konfrontationen zwischen Grossmächten dienen, können sie, so schwerwiegend sie auch sind, nicht mehr zu einem Weltkrieg eskalieren.»

Es wird behauptet, wirtschaftliche Verflechtung, republikanische (demokratische) Verfassungen und abschreckende Waffenwirkung würden Kriege sinnlos und deshalb unmöglich machen. Das sind die seit 200 Jahren immer wieder vorgebrachten Argumente für dauerhaften Frieden. **Aber nur eines ist häufiger als die Ankündigung vom Ende des Krieges: der Krieg selbst⁶.**

Ich will keine falschen Schlüsse ziehen: **Die Geschichte wiederholt sich nicht.** Aber das ist zu lernen und an den Anfang von neuen Visionen schweizerischer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu stellen: **Die Welt stand schon vor hundert Jahren auf der Schwelle zu Frieden und Wohlstand, angetrieben von neuen Technologien, grenzüberschreitendem Handel und wohlwollend überwacht von einer freiheitsliebenden Grossmacht. Und dann fiel sie zurück ins blutigste Jahrhundert aller Zeiten.** Was uns als rasender Wandel erscheint, ist vielleicht weniger neu als wir meinen. «**Hoffe nicht darauf, dass der Feind nicht kommt, sondern baue auf deine Bereitschaft**», schrieb vor 2500 Jahren Sun Dse⁷, ein chinesischer Weiser, der heute noch auf der ganzen Welt gelesen wird.

Zukunft planen statt Gegenwart beschreiben

Die Kriegsbereitschaft hat sich auf **mögliche Konflikte der Zukunft** auszurichten. Der nächste Krieg ist immer anders als der letzte, anders als der aktuell laufende und anders, als man sich das heute vorstellt. **Utopien und lineares Denken an eine einzige, erwünschte Entwicklung⁸ sind so wenig erlaubt wie die Behauptung, man sei kommenden Gefahren gegenüber zum vornherein hilflos⁹.** Utopien und lineares Denken einerseits und das Bekenntnis zur

6 Donald Kagan: «On the Origins of War and the Preservation of Peace», New York, 1995.

7 Auch Sun Zi oder Sun Tse genannt: «Die Kunst des Krieges», zahlreiche Ausgaben erhältlich.

8 Die Kommission Brunner schliesst «schwierige Phasen» in der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Nachbarn nicht aus, hält es aber für «realistischer, den laufenden Prozess zu berücksichtigen, der zu einer immer engeren Integration der Völker Europas führen soll», und hängt das Schicksal der Schweiz ganz an diesen Glauben.

9 Defätismus ist zu jeder Zeit eine verbreitete Erscheinung, nicht nur in der Schweiz. Den zeittypischen Ausfluss dieser Geisteshaltung findet man im Bericht Brunner.

Hilflosigkeit andererseits kommen im Brunner-Bericht permanent zum Ausdruck. Es gilt, **Möglichkeiten abzuwägen, Szenarien zu denken** (die täglich neu beginnen) und **Instrumente bereitzustellen, die sich dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte anpassen lassen.**

Der Bericht Brunner versäumt die Chance, die Zukunft unvoreingenommen so offen zu denken, wie sie ist. Er idealisiert die gerade aktuelle Entwicklung in unzulässigem Masse. Er unterschätzt den in der Mitte der 1990er Jahre eingetretenen Wandel hin zu neuen Formen der Machtkämpfe um Hegemonie und Gleichgewicht¹⁰.

Armee reform unbestreitbar – klare Perspektiven sind gefragt

Die Armee braucht *erstens*, wie alle Nachbararmeen, einen Innovationsschub. Die bestehende Armee braucht *zweitens*, um nicht am langen Reformgerede zugrunde zu gehen, klare Perspektiven.

Die Schweizer Milizarmee ist das exakte Spiegelbild der Gesellschaft, vielleicht mehr noch als andere Armeen. **Geistige Höhenflüge von militär- und volksfernen Funktionären, die mit internationalen Organisationen mehr Kontakte pflegen als mit Soldaten und Bürgern, sind deshalb nicht zu fördern, sondern auf den Boden der Realität zurückzuholen.**

Die Armee braucht *drittens* die volle Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit von Departements- und Militärführung für die Vollendung des Reformprojektes «Armee 95». **Wer neue Reformen beginnt, bevor die laufenden vollzogen sind, läuft Gefahr, an beiden zu scheitern.**

Wider den überbordenden Idealismus

Der Bericht Brunner ist, wie auch andere neuere Berichte zum selben Thema, über weite Strecken in Vokabular und Denkmustern des überbordenden Idealismus hängen geblieben, wie er nach jedem Krieg auftritt: nach 1918 (Völkerbund), 1945 (UNO) und 1989/90 (das Konzept Frieden, Menschenrechte, eine Welt, peace making). Aber der Wind hat bereits gedreht: Man braucht nur die Fenster zu öffnen und hinauszusehen. Die neue Wirklichkeit zeigt sich im Seilziehen innerhalb des UNO-Sicherheitsrates um den Irak, im Verhalten der europäischen «Sicherheitsorganisationen» im Kosovo, im Ringen um Ölfelder und Ölleitungen im Kaspischen Raum, in Afghanistan, in Afrika nördlich und südlich der Sahara, in den Banken-, Währungs- und Finanzkrisen Asiens, im

¹⁰ Klaus Hildebrand (Hrsg.): «Gleichgewicht und Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte», Neuausgabe Zürich, 1997.

«Friedensprozess» Israels, in den Geheimdienstaktivitäten eines «eng befreundeten» Staates in der Schweiz, in Boykottdrohungen aus Amerika gegen Schweizer Banken und Gegendrohungen schweizerischer Ständeräte und Presseezeugnisse, in den Krisen der Streitkräfte unserer näheren und ferneren Nachbarn. Der neu erwachte Realismus liefert einleuchtendere Erklärungen zum aktuellen Geschehen und zu möglichen Entwicklungen als der in Kreisen der Hochschulen und diplomatischen Funktionäre immer noch gepflegte Idealismus¹¹. Man mag den Umschwung bedauern und Auswege suchen, aber man darf ihn nicht bestreiten. **Geopolitik ist plötzlich wieder in aller Leute Mund** – ihre langjährige Verurteilung durch die Sozialwissenschaften gilt neuerdings als provinziell¹² – **Sicherheit und Macht sind als Begriffspaar nicht wegzureden.**

Der Nationalstaat hat sich auch in Europa als resistent erwiesen¹³. Die Abschiebung des Gewaltmonopols auf internationale Organisationen wie UNO und OSZE ist nicht gelungen¹⁴ und wird auch nicht gelingen. Eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU gibt es nicht¹⁵ und wird es in den kommenden Jahrzehnten auch nicht geben. Die neue NATO hat mit der alten nur noch den Namen und einige Traditionen gemein.

11 Benjamin Frankel: «Roots of Realism», London, 1996.

12 «Rückkehr der Geopolitik», ein lückenhafter Hinweis auf mehrere Intelligenzblätter, die sich dieses Themas annahmen, in der «Weltwoche» vom 5. März 1998.

Gabriel Wackermann: «Géopolitique de l'espace mondial. Dynamique et enjeux», Paris 1997.

Zum Streit um Geopolitik als Pseudowissenschaft und die deutschen Nazi-Verstrickungen um Haushofer u.a., vgl. John Laughland: «The Tainted Source», S. 107 ff.

13 Bernard Cassen: «La nation contre le nationalisme», LE MONDE DIPLOMATIQUE, Mars 1998, S. 9.

14 Stefan Oeter: «Humanitäre Intervention und Gewaltverbot: Wie handlungsfähig ist die Staatengemeinschaft?», Kapitel III: «Der Topos vom Gewaltmonopol der Vereinten Nationen», in: «Einmischung erwünscht? Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege», hrsg. von Hauke Bankhorst, Frankfurt a.M., 1998.

15 Der Münchner Politologe Ernst-Otto Czempel wird nicht müde, auf diese Entwicklungen hinzuweisen. Er wünscht sie nicht, aber er weicht ihnen nicht aus. Zuletzt: «In der Realismusfalle», MERKUR Nr. 586, Januar 1998, S. 15 ff.

V Zur Entwicklung der Lage

Welche Entwicklungen zeichnen sich ab?

Globalisierung

Was hat die Globalisierung für die Sicherheit eines Landes und seiner Menschen zu bedeuten? Wie weit werden durch die Globalisierung Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie gefährdet? Wie weit ist gerade durch die Globalisierung das Risiko von Gewaltausübung von aussen erhöht?

Was wir «Globalisierung» nennen, entwickelt sich vor allem in Bereichen ausserhalb der Politik. «Die Fähigkeit der Politik, dem menschlichen Dasein eine vernünftige und verbindliche Ordnung zu geben, ist begrenzt¹⁶.»

Kriege finden nicht mehr bloss am Ort der Gewaltausübung statt, sondern unter massenmedial hergestellter Beteiligung aller. Globale Bedeutung von Konflikten wird konstruiert, **lokale Zwiste werden künstlich mit globaler Bedeutung versehen¹⁷.** Die Konfliktdynamik ist wieder zum dominierenden Handlungsmuster der Aussenpolitik geworden. Selbst die Integrationsbemühungen in Westeuropa verbergen hinter einem Schwall schöner Gemeinsamkeitsfloskeln nichts anderes als das alte und neue Gleichgewichtsstreben¹⁸.

Eine aufmerksame, unvoreingenommene Betrachtung der internationalen Szene zeigt, dass die Konflikte von morgen mit folgenden Ursachen zu tun haben werden: **Nationale Interessen, nationale Expansion, Macht, Geld, Kommerz, Terrorismus, Öl, Wasser, Geschichte, Freiheits- und Selbstbestimmungsdrang von Minderheiten, religiöse und politische Ideologien, Machtstreben von Politikern und Leidenschaften von Völkern¹⁹.**

Was heisst das für die Schweiz? Auch die globalisierte Welt wird für uns Schweizer keine zum vornherein friedliche Welt sein. Distanzen werden geringer, Konfliktursachen grösser. **Sicherheitspolitik muss vorbeugend dafür sorgen, dass sie nicht zum Spielball anderer wird.**

16 Wolfgang Wagner: «Weltgeschehen und internationale Politik» und Werner Weidenfeld: «Ernstfall Europa», beide in: «Wegmarken eines halben Jahrhunderts», einem Sammelband der Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, Bonn, 1996, S. XX und 250.

17 Ulrich Beck: «Was ist Globalisierung?», Frankfurt a.M., 1997, S. 156/157.

18 Werner Weidenfeld: «Die Zukunftsagenda der internationalen Politik», in «Wegmarken eines halben Jahrhunderts», Bonn, 1996, S. XXIII ff.

19 William Pfaff in Lettre 37/1997.

Künftige Weltordnung

Wir sind auf dem langen und dornenreichen Weg zu einer multipolaren Weltordnung. Keine Macht vermag allein die ganze Welt zu führen. Ich vermute, dass die USA auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts militärisch, wirtschaftlich, kulturell, politisch und technologisch dominieren werden.

Militärisch: seit 1000 Jahren gab es keine derartige Kluft zwischen Nummer 1 und Nummer 2.

Kulturell: der zürcherische Erziehungsdirektor hält es für nötig, schon in den untersten Klassen der Primarschule für Anschluss an die amerikanisch sprechende Welt zu sorgen, nicht zu reden von der US-geprägten Massenkultur in Film und Musik.

Politisch: Konfliktmanagement ohne die USA gelingt nicht. Der Nahe Osten, der Balkan, Afrika und Korea zeigen es.

Technologisch: die kommenden strategischen Umwälzungen haben ihren Ursprung nicht zuletzt im wachsenden amerikanischen High-Tech-Vorsprung.

Punkt Selbstbewusstsein: Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Präsidentenberater, geht so weit, von den Europäern als tributpflichtigen Vasallen zu sprechen²⁰. Aber er weiss sehr wohl, dass eine unipolare Welt nicht andauern kann. Im jüngsten Konflikt um den Irak zeigte sich, wie sehr andere, vom kleinen «Schurkenstaat» – in beschönigender Diplomaten-sprache neuerdings **STIPS** (States Threatening International Peace and Security) genannt – über die regionalen Mittelmächte Frankreich und Russland bis hin zum heranwachsenden Riesen China den Wünschen der USA entgegenzutreten vermögen. Aber in Europa erleben wir bei der NATO-Osterweiterung, wie wenig die Verbündeten in Streitfällen gegen das Übergewicht des grossen Bruders zu sagen haben. «Wir fragen nicht, wir orientieren», sagte die amerikanische Aussenministerin kürzlich.

Künftige Kriege im Zeitalter der pax americana

Hegemonialmächte sorgen für Ordnung. Es gab Friedenszeiten und Friedenszonen, die wir heute pax romana, pax mongolica, pax britannica, pax sowjetica nennen (und die in der Geschichte der befriedeten Völker nicht selten als Phasen der Unterdrückung empfunden werden). Die pax americana des beginnenden nächsten Jahrhunderts dürfte ein ähnliches Gesicht haben. Vor Taiwan,

20 Zbigniew Brzezinski: «Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft», Weinheim und Berlin, 1997, S. 22 und 41.

im persischen Golf, auf dem Balkan, in Afrika: wenn die USA wollen, dann schaffen sie Ruhe. Für die nächste Zeit lässt sich ein Muster künftiger Kriege im Zeitalter der pax americana erkennen.

Es kann Kriege geben,

- wenn US-Interessen auf dem Spiel stehen, denn materielle Interessen, Schutzmachtinteressen oder innenpolitische Interessen verlangen nach Meinung der USA einen Krieg,
- wenn sich die USA für einen Krieg nicht interessieren, z.B. einen Bürgerkrieg wie in Algerien,
- wenn die USA als Weltmacht allein oder mit anderen (Vasallen) im Gefolge einen Interventionskrieg führen wollen («Friedensoperation mit Friedenstruppen» genannt); es geht in der Regel um internationale Störenfriede («Schurkenstaaten», «STIPS») oder zerfallende, schwache Staaten, deren interne Konflikte zur Gefahr für Dritte werden,
- wenn Kriege angezettelt werden, um die USA regional, später auch global, aus der Vormachtstellung zu vertreiben,
- wenn Wille oder Fähigkeit zur Weltmachtrolle spürbar nachlassen,
- wenn die unipolare Ordnung in ein labiles multipolares Gleichgewicht übergegangen ist. Wir Europäer haben mit dieser instabilen Balance schlechte Erfahrungen gemacht. Deshalb wird auch so verzweifelt nach anderen Wegen gesucht. Die Idealisten verwechseln dabei aber Wunsch und Wirklichkeit.

Welches sind die Schlussfolgerungen für die Schweiz?

Es nützt nichts, das Wort «Krieg» durch das Wort «Frieden» zu ersetzen (Friedenstruppen, peace enforcement usw.). Dieser Wotersatz ist da, um die Realität zu verniedlichen oder zu verschleiern. In einer Welt obigen Musters gilt es **für den Kleinstaat Schweiz**, mit kluger Sicherheitspolitik und auf eigenen Wegen **Distanz zu halten**. Vor allem **bei der Kriegführung im Sog anderer ist Distanz geboten**.

Eine multipolare Welt?

Weltmacht mit Anspruch auf Mitbestimmung im Ringen um ein globales Gleichgewicht kann nur beanspruchen, wer vier Voraussetzungen erfüllt:

1. Die **Wirtschaft** muss stark genug sein, um Streitkräfte zu unterhalten, die rasch weltweit eingreifen können. Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite gehören dazu. Diese Weltmacht muss einen überraschenden Erstschatz einer anderen Macht überstehen können, um zurückzuschlagen²¹.

21 Vgl. «The Economist» vom 3. Januar 1998, S. 25.

2. Weltmacht wird, wer eine **Regierung** hat, die fähig und willens ist, eine kraftvolle Aussenpolitik zu führen. Entschlussfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Mittel müssen vorhanden sein²¹.
3. **Das Volk muss hinter einer solchen Weltmachtspolitik stehen.** Die Motive können vielfältig sein: ideologisch, nationalistisch, historisch-mythisch, rassistisch, ökonomisch²¹.
4. Vitale **Interessen müssen auf dem Spiel stehen.** Die Weltmacht muss wirklich abhängig sein vom Geschehen in der Ferne. Wirtschaft, Energie, Migration, eigener Bevölkerungsdruck, freie Seewege können aktives Handeln erzwingen²¹.

Wenn Weltmachtstatus an diesen vier Erfordernissen gemessen wird, liegt es auf der Hand, dass sich ein neues Gleichgewicht der Weltmächte nicht in naher Zukunft einstellen kann. Ganze Kontinente fallen als Kandidaten aus (Afrika, Lateinamerika). Indien wird Mühe haben, zum «Club» zu stossen.

Für dieses Zukunftsszenario in 20 bis 30 Jahren dürften neben den USA lediglich China, Japan, Russland und Europa in Frage kommen. Das wäre dann das von einigen Realisten schon bald nach 1991 skizzierte **Fünfeck der Macht, die multipolare Welt, von der so mancher Politiker ausserhalb der USA spricht.**

Aber auch dieses Szenario steckt voller **Ungewissheiten.** Die **chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen können völlig neue Machtverhältnisse** schaffen, der Krieg kann durch technische Entwicklungen ein ganz anderes Gesicht erhalten, Wirtschaftsumbrüche mit strategischen Folgen sind nicht auszuschliessen. Der Wille von Regierungen und Völkern ist wechselhaft. Der «Economist» vom 3. Januar 1998, der solche Gedankengänge aus englischer Sicht darstellt, gibt einem geschlossenen atlantischen Bündnis von USA und Europa die besten Chancen, in diesen künftigen Machtkämpfen obenaus zu schwingen – sofern es denn überhaupt geschlossen werden sollte. Und daran darf in der realen Welt gezweifelt werden.

USA und Europa: Der Atlantik wird breiter
Mit dem Ende der sowjetischen Bedrohung hat die atlantische Zusammenarbeit ihren Zweck verloren. Die neuen strategischen Probleme zeigen seit 1991 zunehmende Unterschiede zwischen Europa und den USA. Der Atlantik wird breiter. Der Umgang mit dem nunmehr wegen seiner Schwäche gefährlich gewordenen Russland, die Stützung der Ukraine (sie erhält heute aus

21 Vgl. «The Economist» vom 3. Januar 1998, S. 25.

den USA mehr Gelder als Russland), das Verhältnis zu China, dem Iran, Irak, Libyen, Kuba, die ganz andere Interessenlage zur südostasiatischen Machtbalance und vor allem die Kontroversen um die strategische Bedeutung der Türkei, der Griff auf die Erdölvorräte Zentralasiens zeigen dies: **die USA und Europa sind tief gespalten in wichtigsten strategischen Fragen. Die USA denken mehr global, die Europäer mehr regional**²².

NATO wohin?

War die NATO bis 1989 ein westliches Verteidigungsbündnis zur Verteidigung Westeuropas gegen den Warschaupakt, so hat sie – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschaupaktes – diese Aufgabe verloren. Und trotzdem besteht die NATO – mindestens deren Geschäftigkeit – weiter.

Von dieser Geschäftigkeit der NATO-Funktionäre beeindruckte Schweizer Brüssel-Reisende nehmen nicht wahr, **wie wenig geklärt die künftige Rolle der NATO ist**. Den europäischen Mitgliedern geht es darum, die USA auf dem Kontinent festzuhalten. Sie sagen, zum Schutz gegen mögliche östliche Turbulenzen, und verschweigen – obwohl es aber jedem bewusst ist –, dass sie zum Schutz gegen eine unerwünschte Europa-Hegemonie Deutschlands meinen. **Die USA dagegen haben andere Ziele und sagen es auch: Die neue NATO verteidigt nicht mehr das Territorium Westeuropa, sondern soll weltweit Interessen wahrnehmen. Die NATO ist ihr Instrument zur militärischen Führung, heute auf dem eurasischen Kontinent, morgen auf der ganzen Welt. Weltpolitische Ordnungsaufgaben sind im Visier**²³.

Madeleine Albright schlägt vor, die NATO im 21. Jahrhundert mit der «Einhaltung» des Nichtverbreitungsregimes zu betrauen²⁴. General Klaus Naumann, der mit der Ausarbeitung der neuen Strategie beauftragte Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, meint, es gehe jetzt um die Frage, «wie eine regionale Organisation mit globalen Risiken umgehen kann»²⁵. **Nicht gemeinsame Verteidigung Europas ist das Thema, sondern «Verteidigung gemeinsamer Interessen»**. Europäische NATO-Mitglieder, allen voran Frankreich, sträuben sich gegen die neue Rolle eines Hilfs-Sheriffs des amerikanischen Weltpolizisten. **Anhängsel der FRIEDENSMACHT NATO zu sein, die künftig vom Kaukasus bis nach Afrika, von Korea bis in die südchinese-**

22 Günter Gillessen: Deutsche und Briten beklagen «Ad-hocery» und Ruppigkeit in «Die Irak-Krise und Transatlantische Beziehungen», (Frankfurter Allgemeine 31.1.98).

23 Karl Feldmeyer: Alle hoffen auf die NATO. Albanien kann seine Grenzen zum Kosovo allein nicht sichern. (Frankfurter Allgemeine 1.4.98).

24 INTERNATIONALE POLITIK, Februar 1998, S. 15.

25 DER SPIEGEL 8/1998.

sische See eingreifen soll: Dies dürfte für den Kleinstaat Schweiz ein wenig verlockendes Angebot sein²⁶.

Die zurzeit in Brüssel bearbeitete neue NATO-Strategie, die ab Ende dieses Jahrhunderts in Kraft treten soll, hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der anfänglich als Erfolg empfundene Bosnien-Einsatz rettete die NATO im letzten Augenblick aus ihrer Agonie. Es schien, als hätte die NATO neues Leben gewonnen, aber ihre strategische Ausrichtung ist ungelöst. Sie wird mit der Erweiterung immer schwieriger. «So wie es 1991 zu früh war, das baldige Ende der NATO zu verkünden, so dürfte auch der Jubel über ihre gelungene Transformation übereilt sein (...). Grundlegende Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa über den Zweck der NATO im 21. Jahrhundert in der post-bipolaren Welt bleiben bestehen; die Debatte darüber hat eben erst begonnen²⁷.»

NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)

Leider führt eine naive Aussen- und Sicherheitspolitik die Schweiz über die sogenannte «Partnerschaft für den Frieden – Partnership for Peace (PfP)» mitten in diesen Disput hinein. **PfP ist klar und deutlich darauf ausgerichtet, die Nichtmitglieder der NATO unterstellungsfähig und unterstellungswillig zu machen.** Wer den NATO-Beitritt ersehnt, findet über die PfP einen guten Weg. **Wer den NATO-Beitritt nicht will, hat dort nichts zu suchen.** «Interoperabel werden» heisst das Tarnwort für die Heranbildung von Kollaborationseleiten, vor allem im Offizierskorps, für die Durchdringung anderer Armeen mit US-Doktrin und -Material. **Aus Sicht der USA ein kluger und erfolgreicher Schachzug.** Für die Schweizer Bürger müssten Alarmlampen aufleuchten. Wir haben unabhängig zu bleiben und wollen auch nicht führbar werden. Artikel 2 der Bundesverfassung und Artikel 266 des Strafgesetzbuches gelten weiterhin. Die aus dem Militärdepartement verbreitete Botschaft, man könne doch bei einer Organisation, die den Namen Frieden («for peace») im Namen führe, nicht abseits stehen, ist lächerlich.

Mögliche Entwicklungen in der NATO

Sollte die Bewährungsprobe in Bosnien (Kosovo, Mazedonien, Albanien?) erfolgreich abgeschlossen werden, kann die neue NATO ein starkes Bündnis werden, das, amerikanisch dominiert, den europäischen Mitgliedern zur eigenen Entlastung mehr Verantwortung überträgt, sofern diese überhaupt fähig werden, diese auch politisch, finanziell und militärisch zu übernehmen.

26 Karl-Heinz Kamp: «Eine 'globale' Rolle für die NATO?», (Frankfurter Allgemeine 2.4.1998).

27 Stephan Bierling: «Amerika führt – Europa folgt? Eine Beziehung sucht ihren Zweck», in: INTERNATIONALE POLITIK, Februar 1998, S. 9 ff.

Die NATO kann aber auch zerfallen – langsam und lautlos oder schnell und im Streit. Die NATO-Erweiterung bringt Mitglieder, die den politischen Ton und die militärische Qualität verändern werden. Es kann Generationen dauern, bis die Militärkulturen der Streitkräfte verschmolzen sind. Das Scheitern des baltischen Bataillons bei der «Aufnahmeprüfung» in die SFOR ist ein Signal²⁸.

Die neue NATO kann aber auch zu einem kraftlosen Riesen verkommen, wenn Militärbudgets, Ausbildung und Bestände weiter schmelzen. Die innenpolitischen Prioritäten können sich wandeln, vor allem in den USA. Der demographische Wandel des amerikanischen Volkes mit seinen rasch wachsenden Anteilen an Einwohnern hispanischer und asiatischer Herkunft ist noch gar nicht wahrgenommen worden: Er wird zu abnehmendem Wohlwollen für das US-europäische Bündnis führen²⁹.

Die neue NATO kann sich aber auch in ihrem Rätegestrüpp – und vieles deutet eine solche Entwicklung als wahrscheinlich an – selber lähmen und die Verantwortung verwischen. Eine Kostprobe: Am 12. Dezember 1997 tagten in Brüssel die NATO-Minister. Ihre Agenda sah so aus: *Euro-Dinner* für die europäischen Mitglieder am Vorabend, dieses Mal verstärkt durch USA und Kanada. Informelle Aussprache über Bosnien und den Streit über die NATO-Struktur. Dienstag vormittag: *Defense Planning Committee DPC*, konventionelle Verteidigung und *Nukleare Planungsgruppe NPG*, nukleare Probleme. Nachmittag: Rat der *Verteidigungsminister*, eingeschlossen der französische Minister: verteidigungspolitische Fragen ohne Militärplanung. Abend: *zusätzliche Teilnehmer*: die Minister der Beitrittskandidaten Polen, Tschechische Republik, Ungarn. Mittwoch: *NATO-Russland-Rat* (dessen Vorbereitung die Stäbe mittlerweile mehr beansprucht als die eigentlichen NATO-Sitzungen): Aufgaben der neuen NATO nach dem kalten Krieg. *Euro-atlantischer Partnerschaftsrat* für alle PfP-Mitglieder, eingeschlossen die Schweiz. An diesen beiden Tagen wurden keine Entscheide gefällt. Diplomatische Floskeln übertünchten die Differenzen über die griechisch-türkische Zusammenarbeit, den spanisch-britischen Streit, die Frage der Besetzung des Süd-Kommandos, die Fortsetzung der Bosnienoperation³⁰. Neben diesen NATO-Räten denke man sich die ungezählten internen NATO-Kommissionen, die EU- und WEU-Räte mit ihren verschiedenen Arten von Mitgliedschaft, die sogenannte bosni-

28 «Ist das baltische Friedensbataillon einsatzbereit?», NZZ, 9. Januar 1998, S. 5.

29 Philip H. Gordon (ed.): «NATO's Transformation. The Changing Shape of the Atlantic Alliance», New York, 1997.

30 Schlusscommuniqué im vollen Wortlaut in der offiziellen Vierteljahresschrift NATO Review, Nr. 1, Spring 1998, S. D 1 ff. Hier ist auch der Jahresplan 1998–2000 für den euro-atlantischen Partnerschaftsrat zu finden.

sche Kontaktgruppe, die sich als Europa-Direktorium gebärdet, die OSZE-Räte, das Weimarer Dreieck Polen-Frankreich-Deutschland, die *special relationship* der Herren Kohl, Jelzin und Chirac und die neuerdings ebenfalls über sicherheitspolitische Fragen debattierende, im März 1998 geschaffene Europa-Konferenz usw. usw. **Man braucht kein Berufsmilitär zu sein, um zu ahnen, dass Führung von Streitkräften im Ernstfall so nicht funktionieren kann.**

Dass die deutsch-französische Militärkooperation in Wirklichkeit nur noch wenig mit der Rhetorik zu tun hat, ist ein offenes Geheimnis³¹. Der NATO-Einsatz in Bosnien frisst auch in Frankreich und in Deutschland die Militärbudgets weg. Die PfP-Aktivitäten, vor allem die gemeinsamen Übungen, fordern ihren Zoll. Ausgewiesene Rüstungsvorhaben werden hinausgeschoben. Die gegensätzlichen Wehrstrukturen Deutschlands und Frankreichs stellen die Funktionstüchtigkeit des Eurokorps in Frage. Vier französische Generäle der höchsten Ränge haben deswegen den Dienst vorzeitig quittiert. **In Frankreich ist der Glaube an die Europäisierung der NATO geschwunden³².**

Dies alles heisst für die Schweiz: Wer solche Entwicklungsmöglichkeiten und die Unsicherheiten betrachtet, sieht klar, dass **der Kleinstaat Schweiz die NATO-Entwicklung aufmerksam verfolgen, sich aber gewiss nicht mit blauäugigen Zukunftserwartungen an die Allianz binden soll; weder durch einen Direktbeitritt noch über ein vermehrtes Engagement in der Partnerschaft für den Frieden. Es wäre unverantwortlich, in einem solchen Augenblick seine eigene Handlungsfreiheit einzuschränken.**

«L'Europe n'existe pas»³³

Im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik ist **die EU ausschliesslich vom Gesichtspunkt der Sicherheit**, d.h. der Verteidigungsstrategie bzw. der gemeinsamen Verteidigungspolitik aus zu betrachten.

31 Lothar Rühl: «Wenig Kooperation zwischen Bonn und Paris, reduzierte Perspektiven der militärischen Zusammenarbeit», NZZ, 6. Februar 1998.

32 «Poudrières [Pulverkammern] de la planète», *Manière de voir* 37, janvier-février 1998, eine Artikelsammlung von LE MONDE DIPLOMATIQUE, speziell: Michael Klare: «Quand Washington repense sa stratégie militaire», S. 10 ff.

33 Was an der letzten Weltausstellung in Madrid als Verhöhnung der Schweiz durch Schweizer gedacht war, liest man nun mit denselben Worten von der EU. Ignacio Ramonet: «Leçons d'une guerre», LE MONDE DIPLOMATIQUE, mars 1998.

Die EU steht vor Verteilkonflikten, Steuerungskonflikten, Machtkonflikten³⁴. Finanzierung, Agrarpolitik, Konzentration der Strukturfonds und Reform der Institutionen: es fehlt nicht an technokratischen Konstrukten, aber es fehlt an demokratischer Legitimierung wie an transparenten Entscheidungsmechanismen. **Und es fehlt, was uns hier vor allem interessiert, eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik.** Die EU ist nur begrenzt regierungs- und handlungsfähig³⁵. Strategische Grundfragen bleiben ungelöst, die Grenzen des Integrationswillens wurden in Amsterdam sichtbar³⁶. Das europäische Sicherheitssystem, gerne «Architektur» genannt, taugt nicht. **Europa bleibt verteidigungspolitisch ein Protektorat, es bleibt abhängig von US-Schutz und US-Interessen.** Weder Globalisierung noch Währungsunion einigen Europa.

Dieses Europa verliert zusehends seinen Zusammenhalt. Die alten Leitbilder der Integration nehmen museale Züge an³⁷. Konzentrische Kreise, variable Geometrie, abgestufte Integration, Bundesstaat, Staatenbund: wer erinnert sich noch? Weil die Leitidee fehlt, verliert sich die EU in den Widersprüchen der Alltagspolitik. Die immer lauter hörbare Forderung, als neue Leitidee sei das Ziel «WELTMACHT EUROPA» zu verkünden, lässt eine düstere Zukunft ahnen. Die idealistischen Vorstellungen der frühen 1990er Jahre sind auch hier unter die Räder geraten, das traditionelle Denken in Militärallianzen tritt hervor, und damit gewinnt auch die NATO wieder mehr Bedeutung. PfP ist dabei nicht Ausdruck von Kollektivismus, sondern von altem militärischem Allianzdenken. Der oben angedeutete Weg führt von der Romantik der Umbruchjahre zum Realismus von morgen. Man lehnt sich an einen starken «Partner» an, aber die Nationalstaaten bleiben in der Verantwortung. Das internationale System ist, wie sich in den letzten Jahren beobachten liess, nicht in der Lage, Konflikte zu lösen oder zu begrenzen³⁸.

«Europa» will zuviel zu schnell. «Europe Overload» ist die Diagnose. **Die Vorstellung, die bewaffnete neutrale Schweiz finde in diesem Europa sicheren Unterschlupf, Schutz vor Gefahren, die sie selbst nicht an der Wurzel bekämpfen und nur mühsam abwehren kann, ist illusionär.**

34 Josef Manning und Claus Gierig: «Mythos der Erweiterungsfähigkeit. Die EU vor ihrer ersten Osterweiterung.» INTERNATIONALE POLITIK, November 1997, S. 31.

35 Eberhard Rhein: «Europäische Union à 25, wie regierbar ist sie?» INTERNATIONALE POLITIK, November 1997, S. 25.

36 Michael Stürmer, NZZ vom 4. Januar 1998, über die strategische Desorientierung der EU.

37 Werner Weidenfeld in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. November 1997.

38 Shlomo Avineri: «Konfliktlösung in der Demokratie, von altem Versagen und neuen Chancen», in: «Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts», hrsg. von Werner Weidenfeld, Berlin, 1996.

Und Russland?

Russland wird, im Guten oder Bösen, die Zukunft Europas prägen. Soll es Juniorpartner der USA werden, aller Geschichte und Mentalitäten zum Trotz? Soll es auf Distanz gehen, d.h. ein eigener Machtpol mit Anziehungskraft für alle, die Probleme mit dem Westen haben, wie heute zum Beispiel Iran, Irak, Libyen, Serbien, werden? Dies ist schon aus wirtschaftlichen Gründen sinnlos. Ich meine, es bleibt die Notwendigkeit, die Beziehungen zum Westen auszubauen und selbständig gegenüber China und in Asien aufzutreten. Russland war eine strategische Reserve der deutschen Wirtschaft und ein Rivale der USA; dies dürfte so bleiben. Russland wird nicht untergehen. Sein wirtschaftliches und intellektuelles Potential, seine Atomwaffen und sein ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat können es durch die schwierigen Jahrzehnte des Aufbaus retten, sofern es nicht in sich selbst zerfällt. Und wenn es sich erholt hat, werden auch seine Armee, Luftwaffe und Marine wieder hörbar mitspielen im Konzert der Mächte.

Die Vorstellung, Europa bestehe dereinst nur aus der EU, greift zu kurz. Im Europa der nächsten Jahrzehnte wird eine Vielfalt von Staaten Platz haben, nicht nur für die EU- und die NATO-Mitglieder. **Die neutrale Schweiz leistet hier ihren Beitrag zur Stabilität nicht im Schlepptau anderer,** sondern indem sie selbst stabil bleibt und gradlinig-berechenbar ihren souveränen Weg geht.

VI Frieden und Sicherheit

Nicht nur im Bericht Brunner – dort aber ausgiebig –, sondern in der ganzen sicherheitspolitischen Diskussion ist erkennbar: **Die Begriffe Frieden und Sicherheit sind zerredet worden.** Selbst wo Krieg herrscht, spricht man lieber von «Bauplätzen des Friedens». Statt von Bedrohungen spricht man von «Sicherheitsräumen» usw. Die Begriffe müssen für eine strategische Studie geklärt werden.

Frieden

Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Man kann Krieg unterdrücken, aber man kann dauerhaften und erfolgreichen Frieden nicht erzwingen. Friede ist nicht Selbstzweck. Friede ist kein Ziel, sondern ein Zwischenziel zu mehr. Das ist auch ein Grund für das Scheitern vieler wohlgemeinter Interventionen. Was nachher kommt zählt. Dieser positive Frieden ist vom bloss negativen zu unterscheiden³⁹. Politische Lösungen müssen in den Völkern Wurzeln schlagen. Militäraufmärsche mit beschränkten Zielen und kurzen Zeitvorstellungen führen kaum je zu dauerndem Frieden. Hinter dem Vorwand, Frieden zu schaffen, verbergen sich oft ganz andere Ziele: **Jeder Krieg wird letztlich für den nachfolgenden Frieden geführt, auch der Aggressionskrieg.** Die Lieblingsidee der akademischen Politologen, es gebe ein Naturgesetz, dass auf Demokratie ewiger Frieden folge, gehört wohl zu den neuen Mythen der Friedensforscher⁴⁰.

Es gibt einen Sonderfall gelungenen Friedens: den Sonderfall Schweiz. Wenn wir heute die Friedenszone der reichen OECD-Welt betrachten, fällt die Schweiz als das Land auf, das europaweit auf die längste Friedensperiode zurückblickt⁴¹.

Weltoffenheit, Bewaffnung als Ausdruck von Selbstbehauptungswille, Mut zur Selbstbeschränkung auf der weltpolitischen Bühne: Die Schweiz hat ein Rezept für den Frieden, um das sie andere beneiden.

39 Auswahl neuerer Literatur: Volker Matthies (Hrsg.): «Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher Konfliktbewältigung», Bonn, 1997. Dieter Senghaas (Hrsg.): «Frieden machen», Frankfurt a.M., 1997. Matthias Lutz-Bachmann (Hrsg.): «Frieden durch Recht», Frankfurt a.M., 1996.

40 Michael E. Brown et al. (Hrsg.): «Debating the Democratic Peace», London, 1996, stellt die ganze Breite der Debatte dar. Reinhard Merkel und Roland Wittmann (Hrsg.): «Zum ewigen Frieden. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant», Frankfurt a.M., 1996. Hier fehlen die kritischen Stimmen, und vor allem fehlen die zahlreichen ausserhalb Deutschlands entstandenen Texte.

41 Karl W. Deutsch: «Die Schweiz als friedenspolitisches Lehrstück; Integration als Friedensgemeinschaft», in: Volker Matthies (Hrsg.): «Der gelungene Frieden», Bonn, 1997, S. 65ff.

Sicherheit

Wir fühlen uns, allen Unkenrufen zum Trotz, militärisch so sicher wie nie. Kein Feind ist in Sicht. Aber Sicherheitsgefühle haben ihre Tücken, in der Politik nicht weniger als im Alltagsleben⁴². Sie verleiten zu Überheblichkeit und gesteigertem Wunsch nach mehr Risiko. Sicherheit ist kein Endzustand, deshalb gibt es auch keine Sicherheitsräume im Sinne des Berichtes Brunner. Sicherheit ist eine Leitlinie, die unser Handeln begleiten soll. Die Suche nach Sicherheit kann lähmend wirken. **Gute Sicherheitspolitik findet deshalb ein Gleichgewicht von Sicherheit und Risiko; Risiko, ohne das es kein Leben und keinen Fortschritt gibt, Sicherheit, die wir als Schutz vor unliebsamen Überraschungen brauchen.**

Falsche Sicherheitsgefühle entstehen durch Selbstüberschätzung, durch Unkenntnis der Gefahren und fehlende Erfahrung. Schweizerische Sicherheitspolitik läuft Gefahr, in diese Falle zu treten. Wir überschätzen unsere Möglichkeit, im Gefolge der UNO und der NATO oder gar der OSZE der Welt den Frieden zu bringen. Wir verkennen die möglichen Gefahren der Zukunft. Wir haben keine eigenen Kriegserfahrungen und deshalb viel zu wenig Respekt vor dem militärischen Kampf. **Der mit einer Pistole zum Selbstschutz in einen fremden Bürgerkrieg ziehende Schweizer Soldat ist eine romantische Karikatur und Ausdruck krasser Unkenntnis der Realität.** Wir brauchen mehr Respekt vor der Ungeheuerlichkeit der militärischen Gewalt und ihren Folgen für alle, Bürgerinnen, Bürger und Soldaten. Es ist eine zentrale Regierungsaufgabe, in diesem Land Schutz gegen fremde Gewalt zu organisieren. **Gelbmützen, Solidaritätssoldaten und ähnliche Erfindungen sind Fehlreaktionen auf die gegenwärtigen Sicherheitsgefühle.**

42 Felix von Cube: «Gefährliche Sicherheit. Die Verhaltensbiologie des Risikos», Stuttgart, 1995.

VII Künftige Kriegsformen – der letzte Krieg wiederholt sich nicht

Wie soll eine **künftige** Sicherheitspolitik aussehen? Gegen welche Gefahr muss eine **künftige** Armee antreten können? Es geht um die Beurteilung der **Zukunft**. Bisheriges linear fortzusetzen, wie dies der Brunner-Bericht tut, ist gefährlich. **Sicher ist, dass sich der letzte Krieg nicht wiederholt. Die heutigen bewaffneten Konflikte lassen aber erahnen, wie Kriege in Zukunft aussehen können.**

Der asymmetrische Krieg

Am persischen Golf stehen sich bis auf die Zähne bewaffnete Gegner des neuen Typs des **asymmetrischen Krieges** gegenüber: Die hochtechnisierte, scheinbar überwältigende nukleare Weltmacht, die nach bisherigen Vorstellungen über die militärische Luft-, See- und Landherrschaft verfügt und viele noch unerprobte modernste Zukunftswaffen zum Einsatz bereithält, begegnet dem kleinen Diktator eines geschwächten Landes mit einer dezimierten Armee, der vielleicht Massenvernichtungswaffen versteckt hält, die er mit Terrorkommandos in irgendein Land und irgendeine Stadt einschmuggeln kann, um unermesslichen Schaden zu stiften. Schleuder gegen Schwert, David gegen Goliath. Das Muster ist nicht neu, aber in seiner modernen Erscheinungsform besonders unheimlich.

Was heisst das für die Schweiz? Sie muss lernen, auch mit andern Gewalttättern als nur mit modernen, hochgerüsteten, dem Völkerrecht verpflichteten Armeen umzugehen.

Der Bürgerkrieg

Im Kosovo baut sich ein **typischer Sezessionskrieg** als Möglichkeit auf. Eine Minderheit will sich, notfalls mit Waffengewalt, von der verhassten Mehrheit lösen und auf kleinerem Gebiet selber Mehrheit werden. Dem Aussenstehenden nur schwer verständliche historische Feindschaften flammen auf. Das auch theoretisch ungelöste Problem des Rechtes auf Selbstbestimmung trifft auf die Angst der Nachbarn vor raschem Übergreifen eines bewaffneten Aufstandes auf die ganze Region bis hin zur Türkei, zu Griechenland (zwei NATO-Mitgliedern), Mazedonien und weiteren. Die mittleren Mächte Europas wirken geschwätzig, aber gelähmt, die alten Beziehungen Russlands zu Serbien spalten die Räte von UNO und NATO. Religiös-kulturelle Grenzen werden wieder sichtbar. Weder Satelliten noch Marschflugkörper helfen. Wenn der Krieg ausbricht, wird er barbarisch mit Kalaschnikows und Messern geführt. In der Schweiz demonstrieren Tausende von Albanern und Kosovo-Albanern in Bern, Zürich und Genf, meist junge, arbeitslose Männer. Die hier lebenden Serben treffen sich zu Gegendemonstrationen.

Die Gefahr ist gross, dass solche Bürgerkriege durch die Migration auch in die Schweiz getragen werden. Was immer auch die Diplomatie oder die Grossmächte für Erfolge erzielen mögen: Hier im eigenen Land entstehen neue Gefahren von Gewalt.

Kommerzialisierte Kriege neuer Söldner

In Sierra Leone fand eben eine militärische Intervention westafrikanischer Friedenstruppen unter nigerianischer Führung statt. Das letztmal stellte im gleichen Land eine **Privatarmee** die Ordnung her. Es gibt Stimmen, die sie wieder rufen wollen, sie hat einen ausgezeichneten, disziplinierten Eindruck hinterlassen. Vorboten einer gefährlichen Entwicklung, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind, Vorboten eines neuen Zeitalters der Söldner? Private Firmen in Südafrika, England und den USA offerieren professionelle Dienste: Militärberatung, Doktrinformulierung, Ausbildung, Kampfführung mit zum Teil modernster Ausrüstung, Logistik im und nach dem Krieg, Nachrichtendienst samt Satellitenaufklärung, Schutz humanitärer Organisationen, Personenschutz, Schutz gefährdeter Förder- und Produktionsanlagen (vor allem in Afrika), Kriminalitätsbekämpfung, Hilfe bei Geiselnahme. Firmen wie *Executive Outcomes*, *Military Professional Resources Inc.* und andere sind wohlbekannt. Sie beschäftigen ehemalige Berufsmilitärs aller Grade («Rent a General!»). Das Geschäft blüht, nicht nur in Drogenländern und in Afrika, auch in Bosnien. Ein wachsender Markt entsteht vor unseren Augen. Militärische und polizeiliche Sicherheit werden ausgelagert, dereguliert, und der Staat hat das Nachsehen. **Das Gewaltmonopol, einst zum Schutz der Bürger hochgehalten, wird leichtfertig ausgehöhlt und gerät in Gefahr.** Die Kontrolle privatisierter Sicherheit bleibt auf der Strecke. Hochbezahlte Schweizer Freiwillige auf bewaffneter militärischer Friedensmission irgendwo auf der Welt⁴³?

Dass solche «Privatarmeen» schliesslich nicht nur Staaten, sondern auch Private «mieten» können, liegt auf der Hand. **Die Schweiz kann nicht das geringste Interesse haben, am staatlichen Gewaltmonopol zu rütteln. Ohne dieses fallen wir zurück ins Raubrittertum, ins Faustrecht. Die für Polizei und Armee Verantwortlichen haben sich dies vor Augen zu halten.**

43 Das Problem hat viele Facetten. David Shearer warnt in «Private Armies and Military Intervention», Adelphi Paper 316, London, 1998, vor oberflächlicher Empörung. Mit der geschwundenen Bereitschaft, der UNO für Interventionen in Bürgerkriegen wie in Ruanda, Somalia usw. Truppen zur Verfügung zu stellen, sieht er bei richtigem Einsatz durchaus friedens- und stabilitätsfördernde Möglichkeiten. Wir Schweizer sollten uns nicht mit staatlich sanktionierten Freiwilligenverbänden an diesem Trend beteiligen.

Der Informationskrieg

Die ins Informationszeitalter eintretenden reichen Industrienationen bereiten sich auf eine neue Form des Krieges vor, den **Informationskrieg**. Dazu gehört auch der sogenannte **Netzkrieg**, der «**Cyberwar**». Neue Verwundbarkeiten revolutionieren das Kriegsbild^{44/45}. Dem hochtechnisierten Kleinstaat bieten sich jedoch neue Chancen, mit gleichartigen Waffen zurückzuschlagen und sich gegen Erpressung zu wehren.

Über diese Neuerungen wird viel geschrieben und diskutiert, aber die Fachleute finden derzeit mehr Probleme als Lösungen. In dieser Situation ist nüchterne Beurteilung notwendig. Wenn es so einfach wäre, einen Gegner mit Mitteln des Netzkrieges zu lähmen, dann wäre das ja wohl im Irak geschehen. Vieles ist Zukunftsmusik, aber die neue Bedrohung ist echt, die Entwicklung kommt, und wir dürfen sie nicht versäumen. Dem hochentwickelten Kleinstaat Schweiz erschliessen sich neue Verteidigungs- und Gegenschlagsformen; Möglichkeiten, potentiellen Angreifern oder Erpressern glaubwürdig zu signalisieren, dass ihr Nachteil grösser wäre als ihr Vorteil. **Die alte Devise des hohen Eintrittspreises lässt sich neu mit Inhalt füllen**, Innovationsfreude, kluge Ausnützung der Qualitäten der Miliz (in der man auch fortgeschrittene Hacker rekrutieren kann) und zielbewusste Führung im Verteidigungsdepartement vorausgesetzt. **Neue Geräte, neue Truppen, neue Ausbildung sind nötig**. Die Armee weiss das. Die Bundeskanzlei hat kürzlich ein strategisches Seminar zu solchen Fragen durchgeführt, unverständlicherweise ohne breite Armeebeteiligung. So geht das nicht. **Die Gesamtverteidigung von morgen, nenne man sie, wie man wolle, hat für Vernetzung zu sorgen, nicht nur zwischen Armee und Verwaltungen, sondern auch mit der Wirtschaft. Die Federführung gehört der Armee, die eine lange Erfahrung mit elektronischer Kriegführung vorweisen kann. Sie ist – im Gegensatz zu allen anderen zu vernetzenden Bereichen – seit jeher mit der Aufgabe der Abwendung der Gewalt von aussen beschäftigt.**

Weltkriege neuer Vernetzung

Noch kennt niemand die strategischen Folgen der asiatischen Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise. Aufmerksame Beobachter erkennen neue Muster weltweiter Flächenbrände, die auch zum Einsatz von Streitkräften führen können.

44 Eliot A. Cohen: «A Revolution in Military Affairs», FOREIGN AFFAIRS, march/april 1996. Charles Grant: «America's ever mightier might», in «The World in 1998», The Economist Publications, London, 1997, S. 71. Paul Dibb: «The Revolution in Military Affairs and Asian Security», Survival London Winter 1997/1998, S. 93. Roger C. Molander et al.: «Strategic Information Warfare. A New Face of War», RAND, Santa Monica/CA, 1996.

45 Jamie F. Metzl: «Information Intervention. When Switching Channels Isn't Enough», FOREIGN AFFAIRS, november/december 1997, S. 15 ff.

Entsprechende Szenarien liegen vor⁴⁶. Die Kommission Brunner irrt, wenn sie die Augen vor möglichen **Weltkriegen** verschliesst. Sie ist in den Vorstellungen vom Zweiten Weltkrieg und des Kalten Krieges stehen geblieben. Die Globalisierung bringt neue Gefahren weltweiter bewaffneter Konflikte ganz neuer Art.

Hier bekommt die **Neutralität eine neue Bedeutung für die Zukunft**, denn Neutralität gilt als Maxime weltweit, nicht nur gegenüber Nachbarn. Aber vertrauenswürdig ist sie nur dann, wenn sie verlässlich ist. Verlässlich ist sie, wenn sie dauernd und konsequent angewandt wird.

Konventionelle Kriege

Die Rüstungsmärkte florieren, wenn auch unter harten Wettbewerbsbedingungen. Es wird viel investiert in Forschung und Entwicklung, es wird aufgerüstet. Im Nahen Osten wie in Asien steht hinter manchem politischen Auftritt nichts anderes als das Interesse an lukrativen Aufträgen für die eigene Rüstungsindustrie. Das Auftreten amerikanischer Rüstungsfirmen in den für die NATO-Osterweiterung vorgesehenen Staaten hat Befremden hervorgerufen bei Leuten, die weder die Branche kennen, noch realistisch genug urteilen. Russland hat die hochfliegenden Pläne zur Umwandlung der Rüstungsbetriebe in Fabrikationsstätten friedlicher Güter reduziert. Kriegsmaterial neuester Bauart ist zu einem bedeutenden Aussenhandelsfaktor geworden. Der **konventionelle Krieg** kann nicht verabschiedet werden. Know how und Material sind vorhanden. Trotz aller neuen Gefahren darf diese Entwicklung nicht aus den Augen gelassen werden.

Zusammenfassung: Kriege neuer Art

Wir haben ein halbes Dutzend Fratzen von Kriegen der neuen Art skizziert:

- den asymmetrischen Krieg gegen Schurkenstaaten mit virtuellen Massenvernichtungswaffen, die auch die Schweiz erpressen können
- Bürgerkriege in schwachen, zerfallenden und Quasi-Staaten, die durch die Migration in unser Land getragen werden
- kommerzialisierte Kriege neuer Söldner, die das Gewaltmonopol untergraben
- Informationskriege mit hoher Technologie
- Kriege neuer Vernetzung, die zu Weltkriegen ausarten können
- Konventionelle Kriege mit weiterentwickeltem und neuem neben altem Material.

⁴⁶ Humphrey Hawksley & Simon Holberton: «Dragon Strike. The Millennium War», London, 1997. Caspar Weinberger & Peter Schweizer: «The Next War», Washington, 1996. Richard Bernstein and Ross H. Munro: «The Coming Conflict with China», New York, 1997 (in den USA umstritten).

Die Suche nach Lösungen

Die ganze Welt sucht Antworten; strategische Studiengruppen sind überall am Werk, meist mit grossem Aufwand und in der Regel **sehr professionell**. Die Politik kann nicht warten, sie muss in Dutzenden von laufenden Konflikten handeln oder nicht handeln. Befriedigende Lösungen fand sie bisher nicht. Die internationalen Organisationen sind weit davon entfernt, ihre Versprechen zu erfüllen. **Die Vorstellung, Probleme, die man nicht allein lösen kann, seien in Verbindung mit anderen lösbar, eine Mitgliedschaft der Schweiz in UNO, EU, WEU und NATO biete uns in der oben beschriebenen Welt mehr Schutz, ist unverständlich.** Es sind ja gerade diese Institutionen, die den Weg nicht finden.

Es ist unerfindlich, warum gerade bei diesen Gefahren die Selbstverteidigung und die Neutralität preisgegeben werden sollten. Gerade hier hilft nur dies. Richtig ist zwar, dass unsere Armee auf zahlreiche Bedrohungen schlecht vorbereitet ist. Die Armee muss sich dem Wandel der Bedrohungen anpassen. Die Schweiz ist relativ schlecht vorbereitet, um in unser Land **hineinreichenden Bürgerkriegen** (der brutale Kampf auf dem Boden) und der **internationalen Kriminalität** zu begegnen, was der Brunner-Bericht zu Recht erwähnt.

Dies zu ändern und die Armeeführung in die Lage zu versetzen, ihre Entschlüsse der aktuellen Bedrohung anzupassen, ist geboten und – ich meine – einfach zu realisieren, sofern man sich darauf und nicht auf Nebensächlichkeiten konzentriert. Die Zeit der vorbereiteten Dossiers ist längst vorbei. Flexibilität in den Köpfen von Kommandanten und Stäben, die Meisterung ungewohnter und überraschender Lagen sollten zum Alltagstraining gutgeführter Schulen und Kurse gehören. Das wäre Voraussetzung für das Vertrauen in die Armee.

VIII Massenvernichtungswaffen auch als Waffe der Schwachen

Biologische, chemische und nukleare Waffen sind nicht mehr die Waffen der Starken, sondern der Schwachen. Sie sind nicht mehr technologische Spitze, sie sind primitive Mittel. Abrüstung und Rüstungskontrolle haben – zu Unrecht – an Interesse verloren. Ein Grund mag sein, dass es zwar heute leichter fällt, internationale Abkommen abzuschliessen, dass aber die Vernichtung der gewaltigen Vorräte kaum vorankommt. Der **C-Krieg**, dessen Spur sich von Ypern im Ersten Weltkrieg über Auschwitz und Treblinka, über den Krieg am Golf bis nach Tokio führt (das 20. Jahrhundert wird das Giftgas-Jahrhundert genannt)⁴⁷ hat in Ost und West Altlasten hinterlassen, zu deren Beseitigung in vernünftiger Frist Anlagen und finanzielle Mittel fehlen. Und noch schlimmer: Mit dem Einsatz in asymmetrischen Kriegen ist zu rechnen, nicht in Schützengräben wie im Ersten Weltkrieg, sondern in Städten von Grossmächten und ihren Verbündeten. Hier wächst die neue Strategie der Nichteinmischung, des Vermeidens von Beteiligung am Krieg anderer heran.

Um solchen Erpressungen auszuweichen, bekommt die Neutralität eine ganz neue Bedeutung.

Atomwaffen werden von Strategen neuerdings unter dem Titel «Virtuelle Nukleararsenale» studiert⁴⁸. Die strategischen Auswirkungen der blossen Möglichkeit, dass eine Partei Atomwaffen hat, sind beträchtlich. Israel, Südafrika, Weissrussland, Kasachstan, die Ukraine, Nordkorea, Irak, Iran, Indien und Pakistan beschäftigen die Fachleute. Sollten die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Japan, Taiwan und Deutschland einmal dahinfallen, besteht Gefahr, dass neue Begehrlichkeiten erwachen. Stören diese möglicherweise vorhandenen Waffen das Gleichgewicht einer Region oder stabilisieren sie es? Sicher ist, dass virtuelle nukleare Arsenale (und wohl auch B- und C-Arsenale) Zukunft haben. Ein effizientes Kontrollregime ist nicht in Sicht.

Was heisst dies für die Schweiz, die keine Atomwaffen besitzt und auch keine besitzen will: Einerseits Festhalten an der Neutralität, die die Angriffsfahr vermindert, und andererseits Massnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung.

47 Till Bastian: «Unser Giftgasjahrhundert», UNIVERSITAS, Januar 1998, S. 78 ff.

48 Avner Cohen and Joseph F. Pilat: «Assessing Virtual Nuclear Arsenals», Survival, London, Spring 1998, S. 129 ff.

Die **biologischen Waffen** gelten heute als die gefährlichsten unter den Massenvernichtungswaffen. Der aktuelle asymmetrische Konflikt mit dem Irak hat in den USA eine Welle der Sorge ausgelöst: Man stellte plötzlich fest, dass man den Zivilschutz in den grossen Städten sträflich vernachlässigt hat. Man ist verletztlich geworden. Nachholarbeiten sind im Gang und erweisen sich als mühsam. **Die Schweiz hat dem Zivilschutz in den Nachkriegsjahren grosse Bedeutung beigemessen. Ihn jetzt abzubauen, wäre eine Dummheit. Aber man hat ihn auf die neuen Gefahren umzubauen. Dem Schutz der Bevölkerung vor biologischen, chemischen und nuklearen Waffen ist grosse Bedeutung beizumessen. Auch der Zivilschutz braucht einen Innovationschub. Vieles – ich denke an den Bezug der Schutzräume – ist bereits vorhanden, muss aber neu geordnet werden.**

IX Die humanitäre Intervention – ein Widerspruch in sich selbst

Der Interventionsboom der frühen 1990er Jahre flaut ab; «Ende oder Wandel» heisst die Parole⁴⁹. Er nährt noch immer Heere von Beamten, Beratern, private Hilfsorganisationen, Medienberichterstatter und reisende Politiker – auch in der Schweiz. Aber das Urteil unabhängiger Beobachter ist hart: **«Humanitäre bewaffnete Intervention kann es nicht geben und hat es tatsächlich auch nicht gegeben, selbst dort nicht, wo es versucht wurde. Eine Beteiligung an anderen Konflikten von aussen ist immer nur eines von beiden: entweder Intervention (und damit politische Parteinahme) oder unparteiische humanitäre Tätigkeit⁵⁰.»** Professor Gillessen beschreibt die zentrale Schwäche des militärischen Interventionismus mit humanitärem, begrenztem Kampfauftrag zutreffend. **Wer schießt, wird automatisch Partei.** Wer bewaffnet, d.h. in politischem Auftrag auftritt, nimmt eine Ordnungsfunktion wahr. Er muss wissen, welche Ordnung er herstellen will und wer am Schluss regieren soll. Er muss die Wurzeln des Konflikts angehen. **Anders der humanitäre Helfer: er lindert Not und Leid. Seine Hilfe ist niemals mit Zwang verbunden⁵¹.**

49 Ramses 1998. «Synthèse annuelle de l'évolution du monde», Institut des relations internationales, Paris, 1997, S. 138.

50 Günther Gillessen: «Mythos humanitäre Intervention. Ein Holzweg der internationalen Politik», INTERNATIONALE POLITIK, September 1997, S. 13.

51 Ben Barber: «Feeding Refugees, or War? The Dilemma of Humanitarian Aid», FOREIGN AFFAIRS, july/august 1997, S. 8.

IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga beklagt sich schon lange über die zunehmende Politisierung der humanitären Hilfe. Die Verteilung von Hilfsgütern könne nicht Sache von Streitkräften sein, die Ruhe und Ordnung zu schaffen hätten. Sonst wiederhole sich, was wir in Bosnien erlebten, als UNO-Militär die Massakrierung von Zivilpersonen zuliesse, aber die Helfer schützte. Das Völkerrecht wird so ad absurdum geführt⁵². Noch schärfer geht Richard N. Haass mit dem Sanktionen-Regime ins Gericht, auf das sich auch die Schweizer Regierung zunehmend einlässt⁵³. Er spricht von Verrücktheit der Sanktionen. Um Truppeneinsätze zu vermeiden und doch «etwas zu tun», verhängen immer mehr Staaten, Teilstaaten und internationale Organisationen Wirtschaftssanktionen (die USA allein bestrafen 1993 bis 1996 35 Staaten mit Wirtschaftssanktionen), Waffenembargos, Kürzung der Entwicklungshilfe, Importbeschränkungen, Einfrieren von Vermögen, Zollerhöhung, Widerruf der Meistbegünstigungsklausel, Stimmabgabe in internationalen Organisationen gegen den anvisierten Staat, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Visa-Verweigerung, Unterbruch der Flugverbindungen, Kreditsperren, Finanzsperren, Verbot von Investitionen. An Waffen fehlt es nicht im Interventionsarsenal, aber sie taugen kaum. Sie treffen die Falschen, nämlich die Völker statt die Regierungen. Resultate kommen spät, wenn überhaupt. Heuchelei, selektive Wahrnehmung von Missständen, CNN-Syndrom: die Liste der Vorwürfe ist lang.

Es ist falsch, wenn die Schweiz nun auch noch mit Verspätung auf diesen Zug aufspringt. **Die saubere Trennung von Politik und humanitärer Hilfe ist nötig, möglich und erfolgreich. Das IKRK hat nicht nur eine grosse Vergangenheit, es ist morgen nützlicher denn je. Das Schweizerische Katastrophenhilfskorps trägt einen Namen, den man vielleicht ändern muss, um die wachsende Palette der Dienstleistungen besser zu treffen.** 1997 leistete es, von den Medien nur zur Jubiläumsfeier beachtet, 222 Einsätze in 43 Ländern (11 in Europa und der GUS, 16 in Afrika, 9 in Asien und 7 in Zentral- und Südamerika)⁵⁴. **Richtig ausgestaltet, wäre die Schweiz für ein solches Korps geradezu prädestiniert.** Nur ein neutraler Kleinstaat, der auch für einen Drittstaat unverdächtig ist, dem keine Grossmachtaspirationen und keine Parteilichkeit zugetraut wird, ist für einen solchen Einsatz glaubwürdig. **Wir brauchen keine bewaffneten Solidaritätssoldaten,** sondern dieses Korps mit 25jähriger Erfahrung, das dort hilft, wo es nötig ist. Wir brauchen keine Riva-

52 Zuletzt in: Basler Zeitung, 13. März 1998.

53 Richard N. Haass: «Sanctioning Madness», FOREIGN AFFAIRS, november/december 1997, S. 74.

54 SKH-Journal 1/98.

lität zwischen zwei Departementen um Geld, Personal und Medienpräsenz und keine doppelte Verwaltung und Führungsorganisation. Das EDA ist gut gerüstet für zivile humanitäre Hilfe. Wenn es richtig ist und es das Volk will, kann man auch noch etwas mehr tun. Es warten genug Aufgaben an Orten, wo nicht geschossen wird. Die derzeitige Verkoppelung mit PfP ist in jeder Hinsicht unglücklich. Man beachte auch in diesem Zusammenhang, dass der gute Wille und gute Vorsätze keine Entschuldigung sind für falsche Konzepte. Gut gemeint ist sehr oft das Gegenteil von gut!

Solidarität: ja – aber richtig, durch unparteiische Hilfe dort, wo sie gebraucht wird, ohne ziellose politische und militärische Einmischung.

X Schlussfolgerungen für die Schweiz

Ziele und Wege

Die Welt ist geprägt von Wandel, es ist eine Welt auch der Machtkämpfe und der Gewalt. Die Schweiz ist in diese Welt hineingestellt, privilegiert durch Lage, Umfeld und Geschichte, wohlhabend und geographisch klein. Für sie drängt sich für das beginnende neue Jahrhundert eine Strategie auf, die es erlaubt, **Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie** so, wie wir sie verstehen, hochzuhalten. Unsere Staatssäulen sind uns wichtiger als eine nebulöse «kollektive Sicherheit». An diesen drei Werten sind strategische Konzepte und Entschlüsse zu messen. Diese Strategie ist geprägt durch **Selbständigkeit, Weltoffenheit, Selbstbehauptungswille, Selbstbeschränkung beim internationalen Auftritt, Mut und Risikofreude**. Wir sind nicht führbar durch andere, seien sie Weltmächte, Regionalmächte oder internationale Organisationen. Unsere wichtigsten Mittel für die Verteidigung sind die **dauernde Neutralität als aussenpolitische Maxime, Diplomatie, Armee, Zivilschutz und Staatsschutz als Instrumente zur Abwehr von Gewalt und zum Schutz der Bevölkerung**.

Flexibilität

Weil viele Entwicklungen möglich sind, halten wir unsere Optionen offen, um beweglich und in eigener Verantwortung darauf einzugehen. Eine Politik, die sich selbst durch Sachzwänge fesselt, ist zu vermeiden.

Selbstbeschränkung

Unseren Interessen ist besser gedient durch aussenpolitische Zurückhaltung als durch Aktivismus und Show-Einlagen. Die Nichtparteinahme ist das Gebot des Kleinstaates.

Vorbild

Die erste Aufgabe bleibt es, im eigenen Land für beste Bedingungen menschenwürdigen Lebens zu sorgen. «Zu werden wie die Schweiz ist unser grosser nationaler Traum», sagte Asher Akajew, der Präsident der zentralasiatischen Republik Kirgistan aus Anlass des Staatsbesuches des deutschen Bundespräsidenten Ende Januar 1998⁵⁵. In den letzten Jahren sind zahlreiche neue und kleine Staaten entstanden, oft kleiner als unserer. Manche stecken in Schwierigkeiten. Ihnen zu zeigen und vorzuleben, dass es möglich ist, ohne Unterordnung unter Grosse in Frieden und Wohlstand zu existieren, ist eine ernstzunehmende Aufgabe. Dass wir gewaltige Probleme vor uns herschieben, wissen wir: die Arbeitslosigkeit, das Loch in den Staatsfinanzen, die Sozialversicherungen usw. **Nur die Beschränkung und Konzentration und auf diese von uns – und von niemandem sonst – zu lösenden Probleme kann helfen.**

Gewalt im eigenen Land

Keine fremde Armee will uns zurzeit die zentralen Werte Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie mit Gewalt entreissen. Sie sind höchstens gefährdet durch unsere Nachlässigkeit, durch schwärmerischen Anschlussdrang, durch Defätismus. Gewalt, der die Armee begegnen muss, hat ein anderes Gesicht angenommen. **Im Vordergrund stehen der Informationskrieg, die brutale Gewalt am Boden**, wenn Bürgerkriege in die Schweiz überschwappen, und die Bedrohung durch **Massenvernichtungswaffen aus Schurkenstaaten.**

Informationskrieg

Für den defensiven und zurückschlagenden **Informationskrieg braucht die Schweiz eine kleine professionelle Truppe, die mit Spezialisten aus der Miliz verstärkt werden kann.** Sie muss über modernes Gerät verfügen und im engen Kontakt mit der Wirtschaft und mit den Hochschulen der raschen Entwicklung folgen können. Von den höchsten zivilen und militärischen Vorgesetzten wird erwartet, dass sie sich in Strategie, Technik und Taktik dieser neuen Waffen einarbeiten und in der Lage sind, Ziele zu setzen und zu erreichen und dieses Instrument zu führen.

55 «Die Welt», 30. Januar 1998.

Kampf am Boden

Für die Gewalt am Boden brauchen wir eine bestandesstarke Truppe, die mit modernen, auch nichttödlichen Waffen ausgerüstet ist und den Kampf in Städten und Ortschaften beherrscht. Sie braucht die nötigen Unterstützungstruppen in der Luft und am Boden und entsprechende Logistik. Sie ist keine Polizei, sondern eine Weiterentwicklung der Territorialinfanterie, **eine Miliz, die man nur ruft, wenn man sie braucht**, durchmischt mit Berufsmilitärs, die in der Ausbildung für beste Qualität bürgen. **Die Bestände müssen so hoch sein, dass bei gleichzeitigem Ausbruch von Zusammenstößen verfeindeter Volksgruppen in mehreren Städten und Ortschaften eingegriffen werden und gleichzeitig die Grenze gegen organisierten Zuzug von Verstärkungen überwacht werden kann.** Ablösungen müssen möglich sein. Die Truppen sollen über Ortskenntnis verfügen und an die enge Zusammenarbeit mit den Behörden und lokalen Diensten gewohnt sein⁵⁶. **Diese Aufgabe kann nur die Miliz lösen: Sie braucht im Ernstfall allenfalls sehr hohe Bestände mit vielen Soldaten und guten Ortskenntnissen im Einzelfall.** Im Friedens- und im Normalfall braucht es keine Bestände, dann sind die Milizsoldaten nicht im Dienst.

Kein bestimmter Feind

Die Armee muss sich nicht auf einen bestimmten Feind ausrichten. Sie trainiert den Kampf, der möglich ist. Die Regierung muss im Notfall auf eine Truppe zählen können, die auch überraschend neue Probleme meistert. **Kernkompetenz ist der Kampf.** Die Armee soll ihre Kampffähigkeit nicht in allerhand halb-militärischen Experimenten im In- und Ausland einbüßen. Sie ist nicht Gratihelferin für kommerzielle Sportanlässe und nicht Heilsarmee. Die schlechten Erfahrungen der Amerikaner mit dem Verlust an Kampfkraft durch Peacekeeping und PfP-Aktivitäten sprechen für sich. Sie dürfen nicht verschwiegen werden⁵⁷.

Bewaffnete Schweiz

Für diese Aufgabe soll das Schweizervolk bewaffnet bleiben. **Die Welt muss wissen, dass hier ein ausgeprägter Selbstbehauptungswille besteht.** Das Milizprinzip stellt diese Bewaffnung sicher. Die Armeebestände sind zu regulieren über die Zahl der Jahrgänge, die einberufen werden. Eine maximal breit gestreute Grundausbildung ist unerlässlich.

56 Ralph Peters: «Our Soldiers, Their Cities», Parameter, Spring 1996.

57 Richard J. Newman: «Can Peacekeepers Make War?» US NEWS & WORLD REPORT, January 29, 1998. Die Antwort: NEIN. Die Behauptung, Auslandseinsätze als Blau- und Gelbmützen förderten die Kampfkraft der Schweizer Armee, erweist sich als Gaukelei.

Weltoffenheit

Weltoffenheit besteht nicht im Nachahmen oder gar im «interoperabel werden» und einordnen. Sie besteht darin, dass man mit offenen Augen und weitem Horizont wahrnimmt, was geschieht, kontrollierte und zielgerichtete Kontakte pflegt, das eigene Niveau am Niveau anderer misst, aber selbstsicher und distanziert bleibt. Wer notfalls kämpfen muss, braucht Geheimhaltung und Täuschung, um überraschen zu können. Offenheit, die sich darin äussert, dass man Geheimnisse preisgibt, sich blauäugig verbrüderet, fremden «Experten» Einblick gibt in Führungsanlagen oder sie gar an Führungsübungen höchster Stufe teilnehmen lässt, ist gefährlich. «Vertrauensbildende Massnahmen» durch multinationalen Militärtourismus sind lächerlich. Das Verteidigungsdepartement muss die Auslandkontakte der Offiziere wieder besser in den Griff bekommen.

Massenvernichtungswaffen

Dem **Zivilschutz und der Armee** kommen neue Aufgaben **bei der Hilfe an die Bevölkerung zu, wenn Massenvernichtungswaffen neuer Art in unserem Land eingesetzt werden** oder wenn die **Folgen von Grosskatastrophen** nach der Art von Tschernobyl zu bewältigen sind. **Nicht Abbau, sondern Umbau heisst die Devise.** Niemand kann solche Gefahren verhindern, aber man kann die Auswirkungen erheblich vermindern. Kräftige und baldige Impulse sind dringend nötig.

Staatsschutz

Der **Staatsschutz** muss die Möglichkeit erhalten, uns **gegen die Gefahren des internationalen Verbrechens** zu schützen. Neutralität verpflichtet uns geradezu, Schweizer Territorium nicht zur Gefahr werden zu lassen, weder für uns selbst noch für andere. Ohne Ausbau der zuständigen Organe geht es nicht. Die Armee braucht keine neuen Spezialverbände für Polizeidienst. **Die Heerespolizeitruppen sind, wie andere auch, dem Wandel der Bedrohung anzupassen, notfalls auszubauen.**

Die Gefahr fremder Bürgerkriege auf schweizerischem Territorium wächst. Ohne umfassenden Nachrichtendienst setzen wir uns verheerenden Überraschungen aus. Es ist nicht auszuschliessen, dass es zu Provokationen und Anschlägen in der Schweiz kommt, um einen fremden Bürgerkrieg zu internationalisieren oder, bei falscher Parteinahme, uns als Feind zu schaden.

Geradezu abenteuerlich ist die Vorstellung, ausgerechnet jetzt dem Schengener Abkommen beizutreten und die Grenzen zu öffnen. Die Grenzen müssen, auch gegen den steigenden Kriminaltourismus, besser statt weniger bewacht werden.

Neutralität

Wenn es die Neutralität nicht gäbe, dann müsste man sie jetzt erfinden. Sich von fremden Händeln fernzuhalten war nie einfacher und nie wichtiger. **Wer sich dem Krieg einer Grossmacht gegen einen Schurkenstaat anschliesst, der über virtuelle Massenvernichtungswaffen verfügt, holt sich das Verderben ins Land.**

Niemand behauptet, die Neutralität sei ein Ziel oder Selbstzweck. Sie ist so wenig Ziel oder Selbstzweck wie der EU-Beitritt des Bundesrates und der Kommission Brunner. **Die Neutralität ist das diplomatische Mittel, den Kleinstaat fernzuhalten vom Sog und Druck fremder Mächte, vom Appell, mitzumachen.** Sie schützt das Volk vor Kriegsbegeisterung und Grossmachtsucht. Darum war die Neutralität stets stärker im Volk als bei den führenden Politikern und Militärs verankert. Die Neutralität ermöglicht aber auch den **unbehelligten Zugang zu Leidenden, zu Überlebenden in Kriegsgebieten.** Sie ist die beste Grundlage für echte Solidarität. Sie ermöglicht auch – eine qualifizierte Aussenpolitik vorausgesetzt – aktive Teilnahme an Schlichtungen.

Wer heute die Neutralität als überholt ansieht, blickt zurück auf den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg. Diese Art Neutralität war damals wichtig, aber sie ist heute in dieser Form nicht mehr gefragt. **Die Neutralität von morgen ist eine auf Nichtteilnahme, Nichteinmischung, aber Teilnahme an humanitärer Hilfe (nicht Intervention) bezogene Grundhaltung.** Sie verbietet das zurzeit wieder aufkeimende militärische Allianzdenken. Natürlich bringt uns die Neutralität keinen Schutz gegen Raketen, aber die Aufrechterhaltung der Neutralität sorgt dafür, dass allfällige Angreifer weniger versucht sind, die Schweiz mit Raketen anzugreifen. Das Risiko des mangelnden Raketen-schutzes tragen die Staaten schon seit Jahrzehnten. Gibt es eine Allianz, die ihre Bewohner vor Raketen schützt? Gibt es eine Grossmacht, die das kann? Der Erpressungsschlag aus Nordafrika gegen die einsame Schweiz gehört zu den ältesten Ladenhütern schweizerischer Übungsanlagen. Man kann ihn auf der ganzen Welt brauchen.

Neutralität muss glaubwürdig bewaffnet sein, und zwar gegen künftige Gefahren: gegen den Informationskrieg und gegen brutale Gewalt am Boden. Neutralität ist nur dann glaubwürdig, wenn unsere Vertreter bei Auslandskontakten dafür einstehen und aktiv gegen Missverständnisse auftreten. Die stete Aushöhlung – wie sie im Bericht Brunner und zurzeit im Verteidigungsdepartement in fast unerträglicher und wichtigtuersicher Weise betrieben wird – Schritt für Schritt, mit der Ausrede, man wolle seinen «Spielraum» noch mehr ausnützen, wird vom Volk als Rosstäuschertrick durchschaut und trägt zur Entfremdung zwischen Volk und Regierung bei. Besonders schlimm wäre es, wenn auch die Armeeführung in diesen Vertrauensverlust hineingezogen würde.

Es ist keineswegs neu, dass immer in Zeiten nicht unmittelbar bevorstehender Kriege die Politiker und die hohen Militärs die Neutralität abschaffen wollen. Dies ist nicht ein Zeichen von besonderem Mut, sondern vielmehr von Unreife, von Bequemlichkeit, von Grossmachtträumen. Dies war in der Geschichte stets so⁵⁸. **Der Ruf nach Abschaffung der Neutralität erfolgte in jüngerer Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, zwischen den Weltkriegen und neuerdings wieder.** Dies ist auch verständlich, denn die Neutralität schränkt Regierende und Militärs in ihrem Aktionsradius ein. Der internationalen «Einflussnahme», den Militärbündnissen mit all ihren Versuchungen, dem Grossmachtgebaren steht die Neutralität im Weg. Neutralität ist unbequem, denn man hat einen grossen Erklärungsbedarf und ist durch die Nichtparteinahme zwar niemandes Feind, aber auch niemandes Freund⁵⁹.

Die Neutralität ist in weiten Teilen des Volkes tief verankert, nicht nur, weil sie in der Vergangenheit mitverantwortlich war, dass wir während über 150 Jahren Frieden in unserem Lande hatten, sondern weil sie die beste aussenpolitische Maxime für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Sie erhält für die neue Bedrohung besondere Aktualität.

Bewaffnete Truppen im Ausland

Wer mit kleinen Detachementen und befristeten Zeitvorstellungen eine Auslandoperation anfängt, wird in eine endlose Fortsetzung hineingezogen. Die Gelbmützen, als Ordonnanzen für OSZE-Funktionäre tätig, sind Beispiel: erst sollten sie für ein Jahr bleiben, dann für zwei, jetzt wohl ohne Ende («Man kann sie doch jetzt nicht zurückziehen»). Die bizarre Korea-Mission mit einem falschen Divisionär an der Spitze sitzt seit mehr als vier Jahrzehnten fest («Man kann sie doch jetzt nicht zurückziehen»). In der Westsahara wartete lange Zeit eine *Swiss Medical Unit* im Sand auf eine Abstimmung, die nie oder noch lange nicht kommen würde. (Man konnte sie zurückziehen. Rechtzeitig vor der Blauhelm-Abstimmung).

Das Volk hat NEIN gesagt zum bewaffneten Einsatz von Schweizer Truppen im Ausland. Es war, wie die Entwicklung zeigte, ein kluger Entscheid. Auf die jetzt gewünschten Pistolen (zum Selbstschutz) würden bald einmal schwerere Waffen folgen müssen, vom Sturmgewehr bis zum Schützenpanzer, von der Stinger-Rakete bis zum Kampfhelikopter und zur Raketenabwehr, die ja auch andere vor Ort haben. **Mit der Pistole in der Hand begibt man sich auf die schiefe Ebene und schliesslich in die NATO; einige wollen das.**

58 Georges-André Chevallaz: «Die Herausforderung der Neutralität», Zürich, 1997.

59 Vgl. dazu: Christoph Blocher: «Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht», erschienen bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, Bern, 1997, S. 5ff.

Die Kommission Brunner behauptet, man erwarte die Bewaffnung von Gelbmützen. Das ist falsch. Die Schweizer Botschafterin bei der OSZE erklärte klipp und klar: **«Es ist der Wunsch der OSZE, dass die Gelbmützen ihren Dienst unbewaffnet ausführen⁶⁰.»**

Die Kommission Brunner fordert – in voller Übereinstimmung mit dem Verteidigungsdepartement – eine bewaffnete Spezialtruppe für Auslandseinsätze. Für Auslandseinsätze braucht man, wie die Erfahrungen unserer Nachbarn zeigen, den dreifachen Bestand. Ein Drittel ist im Einsatz, ein Drittel bildet aus, ein Drittel bereitet sich auf den nächsten Einsatz vor. Was die Ausrüstung eines Verbandes kostet, der weltweit in Schwierigkeiten geratene Schweizer herauschissen und heimtransportieren kann, lässt sich am deutschen Beispiel ermesen⁶¹.

Unsere Finanzlage ist bekannt. Die Notwendigkeit, zuerst das eigene Land in Ordnung zu halten, ebenfalls. **Sollte die vermeintliche Sicherheit zu derart kostspieligen Phantasien anregen, so hat das Parlament – spätestens die Volksabstimmung – solchem einen Riegel zu schieben. Diese dem Ausland abgeschauten, wenig originellen Ideen sind nicht zu Ende gedacht.**

Die Schweizer Armee hat ihre im Ausland eingesetzten Truppen und Offiziere – mit Ausnahme der Verteidigungsattachés und der Absolventen von wichtigen Akademien – zurückzuziehen und sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Wehrpflicht

In welcher Abfolge Ausbildungsdienste zu leisten sind und wie lange die Ausbildung dauern soll, müssen Variantenstudien des Departementes ergeben. **Auszugehen ist von den Bedürfnissen der Kriegstüchtigkeit als Ausbildungsziel.** Halbheiten, als Entgegenkommen an die Wehrmänner gemeint, haben entgegengesetzte Auswirkungen. Sie vertreiben die besten aus den Kaderfunktionen. **Nicht Härte in der Ausbildung schreckt ab, sondern die Unmöglichkeit, eine gute, glaubwürdige Leistung zu erbringen. Ebenso wirkt alles, was nicht streng auftragsbezogen ist, abschreckend.**

60 Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ, Februar 1998, S. 15.

61 Vgl. dazu zum Beispiel «Der Spiegel», 14/1997.

XI Was ist jetzt zu tun?

Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Strategie ist nach dem verunglückten Versuch der Kommission Brunner auf bessere Grundlagen zu stellen. An den Anfang gehört eine vom Volk getragene Antwort auf die Frage, was wir denn in dieser sich wandelnden Welt eigentlich zu verteidigen haben, wofür es sich lohnt, zu kämpfen. **Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie standen bis heute im Zentrum.**

Dann sind **Wege festzulegen**, die uns erlauben, diese Werte zu erhalten. Es sind **Pflöcke einzuschlagen**, die fixieren, welche Holzwege wir zu unserem Schutz nicht beschreiten wollen. Die bewaffnete Neutralität wird hier eine Rolle spielen, die Selbstbeschränkung auf der internationalen Bühne, die Bereitschaft, für Freiheit und Unabhängigkeit auch Risiken einzugehen, die Solidarität mit Leidenden.

Gestützt auf nüchterne globale und europäische Lagebeurteilungen und abseits vorgefasster Meinungen sind die **Bedrohungen durch Gewalt in ihrem laufenden Wandel zu untersuchen** und in Varianten Schutzmöglichkeiten durch Armee, Zivilschutz und Staatsschutz abzuklären. **Informationskrieg, brutale Gewalt am Boden durch fremde, in die Schweiz eingeschleppte Bürgerkriege, Massenvernichtungswaffen in der Hand von Terroristen und Schurkenstaaten, die internationale Kriminalität sind anschaulich und in Szenarien darzustellen.**

Es folgen Überlegungen zur **Doktrin**, wie man solcher Gewalt begegnen kann und will.

Erst wenn das alles skizziert ist, folgen **Ideen zu Beständen, Organisation, Ausrüstung, Ausbildung, Finanzen.**

Und damit beginnt die **Vernetzung der Planung**. Antworten auf die letzten Fragen werden Rückwirkungen haben auf Antworten, die man auf früher gestellte Fragen gab. Vernetztes Denken, Denken in Systemen, in Szenarien und Möglichkeiten ist gefordert⁶².

62 Peter Schwartz: «The Art of the Long View. Planning for the Future in an Uncertain World», New York, 1991, und Gordon R. Sullivan & Michael V. Harper: «Hope Is Not a Method. What Business Leaders can Learn from the American Army», New York, 1996. Change Management ist ein Modeartikel geworden und nicht alles, was vorgeschlagen wird, ist sinnvoll. Man einige sich bald auf eine Methode, verbreite sie und halte daran fest.

Die Folgen einzelner Reformen sind bis ans Ende zu denken, auch in ihren unerwünschten Auswirkungen, die man nie vermeiden kann.

Die Gefahr ist heute gross, dass auf dem Rücken der Armee eine ganz andere Diskussion geführt wird: die Diskussion über den Beitritt zu UNO, EU, WEU und NATO. Das sind übergeordnete, weit über Militärstrategie hinausreichende, gesamtpolitische Fragen, auch wenn sie für die Entwicklung der Armee folgen schwer sind. Die Würde des Bürgersoldaten, der seine eigene politische Meinung hat, ist zu respektieren. **Indoktrinierung in Truppendiensten ist Missbrauch von Kommandogewalt und strafrechtlich zu ahnden.** Propaganda ist zu verbieten. Die derzeit vorliegenden Vorschläge für Reformen sind nicht beschlossen, jeder Wehrmann darf als Bürger eine abweichende Meinung äussern. **Wer Politik in die Armee hineinträgt, zerstört sie.**

Die Devise muss heissen: Ja zum Wandel, ja zu einem realistischen Schutz vor den Gefahren der modernen Zeit. Ja zur Innovation und zur Zukunft.

Nein zu einer naiven Sicherheitspolitik, nein zu wichtigtuersicherer und nachahmerischer Aussenpolitik, nein zur Grossmannssucht.

XII Literatúrauswahl

Zeitschriften

- Neue Bedrohungen der staatlichen Sicherheit als Schwerpunktthema, in: Politische Studien 351, München, Jan./Feb. 1997
- Richard K. Betts: «The New Threat of Mass Destruction», in: FOREIGN AFFAIRS, Jan./Feb 1998. In der gleichen Nummer: Artikel zur NATO-Osterweiterung, die schwierige «exit-strategy» für Bosnien und eine lesenswerte Replik von Stephen A. Cheney: «The General's Folly. Old Thinking for the New Military».
- Eliot A. Cohen: «Revolution in Warfare», in: FOREIGN AFFAIRS, März/April 1996. In der gleichen Nummer: Joseph S. Nye & William A. Owens: «America's Information Edge.» Walter Clarke & Jeffrey Herbst: «Somalia and the Future of Humanitarian Intervention.»
- Jamie F. Metzl: «Information Intervention. When Switching Channels Isn't Enough», in: FOREIGN AFFAIRS, Nov./Dez. 1997. In der gleichen Nummer: Richard N. Haass: «Sanctioning Madness». Martin Feldstein: «EMU and International Conflict.»
- Ben Barber: «Feeding Refugees, or War? The Dilemma of Humanitarian Aid», in: FOREIGN AFFAIRS, Juli/August 1997. In derselben Nummer: William E. Odom: «Transforming the Military».

- Till Bastian: «Unser Giftgasjahrhundert», in: UNIVERSITAS, Januar 1998.
- Günther Gillessen: «Mythos humanitäre Intervention, ein Holzweg internationaler Politik», in: INTERNATIONALE POLITIK, Sept. 1997. In derselben Nummer: Richard Brenner: «Kritischer Dialog oder konstruktives Engagement?». Pierre Hassner: «Jenseits von Krieg und Frieden». Michael J. Inacker: «Kriegführung im Computerzeitalter. Der technische Vorsprung der USA». Dokumente zur Ost-Erweiterung der NATO (S. 69 ff).
- Ernst-Otto Czempiel: «In der Realismusfalle. Kritik einer aussenpolitischen Maxime», in: MERKUR 586, Januar 1998. In derselben Nummer: Michael Ignatieff: «Die Götter des Krieges».
- Eliot A. Cohen u.a.: «Israel's Revolution in Military Affairs», in: Survival, IISS Quarterly, London, Spring 1998. In derselben Nummer: Dennis M. Gormley: «Hedging against the Cruise-Missile Threat». Avner Cohen & Joseph F. Pilat: «Assessing Virtual Nuclear Arsenal». John Lewis Gaddis: «Grand Strategy and NATO Enlargement».
- Paul Dibb: «The Revolution in Military Affairs and Asian Security», in: Survival, IISS Quarterly, London, Winter 1997/98.
- Stephan Bierling: «Amerika führt – Europa folgt. Eine Beziehung sucht ihren Zweck», in: INTERNATIONALE POLITIK, Feb. 1998.
- Krieg und Bürgerkrieg: Schwerpunkt Nr. LEVIATHAN, Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Berlin 4/97.
- Wieder Krieg. Kursbuch, Rowohlt Berlin, Dez. 1996.
- A Geopolitical Detective Story. «There are ways of making the future talk. A 21st century who'll do it», in: The Economist, 3.–9. Januar 1998.

Bücher

- George and Meredith Friedman: The Future of War Tower, Technology and American World Dominance in the 21st Century, New York, 1998.
- Hauke Brunkhorst (Hrsg.): «Einmischung erwünscht? Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege», Fischer Taschenbuch, 1998.
- Ingomar Hauchler: «Globale Trends 1998. Fakten, Analysen, Prognosen», Fischer Taschenbuch, 1997.
- Charles Grant: «America's Ever Mightier Might», in: «The World in 1998», Economist Publications, London, 1997.
- François Géré: «Demain, la guerre. Une visite guidée», Calmann-Lévy, Paris, 1997.
- Paul-Marie Coûteau: «L'Europe vers la guerre», Ed. Michelon, Paris, 1997.
- Philip H. Gordon: «NATO's Transformation. The Changing Shape of the Atlantic Alliance», Rowman and Littlefield Publishers Inc., London, 1997.
- Volker Mathies (Hrsg.): «Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung», Dietz, Bonn, 1997.

- Charles Townshend (ed.): «The Oxford Illustrated History of Modern War», Oxford University Press, 1997.
- Dan Smith: «Kriege und Konflikte», Der Fischer Atlas, Fischer Taschenbuch, 1997.
- Pierre Lellouche: «Légitime défense. Vers une Europe en sécurité au XXI siècle», Ed. Patrick Banon, Paris, 1996.
- Jean Guisnel: «Guerres dans le Cyberspace. Services secrets et Internet», La Découverte, Paris, 1995.
- Caspar Weinberger & Peter Schweizer: «The Next War», Regnery Publishing Inc., Washington, 1996.
- Richard Bernstein & Ross Munro: «The Coming Conflict with China», Knopf, New York, 1997.
- Humphrey Hawksley & Simon Holberton: «Dragon Strike. The Millennium War», Sidgwick & Jackson, London, 1997.
- Charles King: «Ending Civil Wars», Adelphi Papers 308, IISS, London, 1997.
- Kalevi J. Holsti: «State, War, and the State of War», Cambridge Studies in International Relations 51, Cambridge University Press, 1996.
- Ulrich Beck: «Der feindlose Staat. Militär und Demokratie nach dem Ende des kalten Krieges», in: «Die feindlose Demokratie», Reclam Universal Bibliothek, 1995.
- Zalmay M. Khalizad (ed.): «Strategy and Defense Planning for the 21st Century», RAND, Santa Monica/CA, 1997.
- Roger C. Molander u.a.: «Strategic Information Warfare. A New Face of War», RAND, Santa Monica/CA, 1996.
- Albert A. Stahel: «Strategisch denken. Ziel-Mittel-Einsatz. Politik, Wirtschaft, Armee», Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 1997.
- Hans Richard Reuter: «Militärintervention aus humanitären Gründen?», in: Berthold Meyer (Red.): «Eine Welt oder Chaos», Edition Suhrkamp, 1996.
- Tobias Debiel, Franz Nuscheler (Hrsg.): «Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit», Dietz, Bonn, 1996.
- Kees van der Heijden: «Scenarios. The Art of Strategic Conversation», John Wiley & Sons, Manchester, 1996.
- Heiner Hug: «Wir, die Geier. Das knallharte Geschäft mit den Fernsehnews», Orell Füssli-Verlag, Zürich, 1998.
- Mira Beham: «Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik», Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1996.
- David Shearer: «Private Armies and Military Intervention», Adelphi Papers 316, IISS London, 1998.

Internet

Zugang zu den Grunddokumenten und zu zahlreichen Studien über die aktuellen Reformen der amerikanischen Streitkräfte findet man unter folgenden Adressen:

- <http://www.defenselink.mil>
- <http://www.defenselink.mil/dodreform/>
- <http://www.dtic.mil/jcs/>
- [http://www. Defenselink.mil/pubs/](http://www.Defenselink.mil/pubs/)
empfohlene Lektüre:
Joint Vision 2010
National Military Strategy for the USA 1997
National Security Strategy for a New Century
Quadrennial Defense Review
National Defense Panel, Final Report: Transforming Defense:
National Security in the 21st Century.

Die englische Regierung hat einen anderen Reformweg gewählt. Verteidigungsminister George Robertson hielt am 12. März 1998 eine Rede zur Strategic Defense Review:

- <http://www.mod.uk/speeches/sofs3-98.html>

Zum Informationskrieg:

- <http://jya.com/iwdmain.htm>
- <http://www.cdsar.af.mil/apj/szfran.html>
(Col. Richard Safranski: Theory of Information Warfare. Preparing for 2020)
- <http://sac.saic.com/iw.HTM>. (Mit zahlreichen links)
- <http://www.psychom.net/iwar.1.html> (Institute for the Advanced Study of Information Warfare. Mit zahlreichen links)
- <http://www-tradoc.army.mil/cmdpubs/landcmbt.htm>
(Land Combat in the 21st Century)
- <http://carlisle-www.army.mil/usassi/hotlinks.htm>
(Hotlinks to Military and Strategy Related Sites, zusammengestellt vom US Army War College u.a.): Umfassende Liste von Web-Adressen zu militärischen Institutionen, Publikationen, ausländischen Militäradressen, Think Tanks, politischen Gruppierungen, Zeitungen und Zeitschriften usw.

Vorsicht: Das Internet lebt, Adressen ändern sich.

Senden Sie mir weitere Exemplare der Broschüre «Strategischer Wandel»

Ich bestelle _____ Exemplare dieser Broschüre (kostenlos).

Werden Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich unterstütze die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaar Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an:

AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Tel. 031 352 12 08, Fax 031 352 25 57
<http://www.auns.ch>

